Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallinduftrie

Die Rämpfe an der Wafferkante und an der Ruhr

Alwin Brandes

Wenn diese Nummer in die Sande unserer Leser gelangt, ift die Entscheidung für zwei Rämpfe gefallen, welche die breite Deffentlichkeit in seltener Beise bewegt haben. Der Streit der Berftarbeiter mit rund 50 000 Beteiligten brachte den deutschen Schiffbau während dreier Monate völlig zum Erliegen. Der Streit hatte das Ziel, einen Schiedsspruch, ber weber in ber Arbeitszeits noch in der Lohnfrage die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllte, aber bennoch von den Werftunternehmern abgelehnt worden war, so zu verbessern, daß er für die Arbeiterichaft annehmbar wurde. Die Auseinandersetzungen mit den Berftunternehmern find von jeher stets harte gewesen. Die Werftarbeiter wußten das; fie wußten, wenn es zum offenen Rampfe tam, wurde diefer eine lange Dauer haben. Gie verzichteten beshalb mahrend ber gangen Dauer bes Rampfes auf die fonft üblichen Streifversammlungen und zeigten nicht nur eine Disziplin, sondern auch eine Ruhe, wie das faum bisher bei einem Arbeitskampf von folder Größe und Dauer der Fall war. Alle Berfuche der burgerlichen Preffe, die täglich den Streifenden einzureden versuchte. daß fie streitmube feien, ebenso die Berunglimpfung ber Führer ber Streitenden durch Pamphlete, die in Massen verbreitet wurden, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Dieje Berwirrungsmanover der burgerlichen Preffe setten besonders ein, als bekannt wurde, daß ein erheblicher Teil der Werftunternehmer eine Berftandigung auf einer Grundlage für möglich bielt. bie auch von der Streifleitung als annehmbar bezeichnet wurde. Die Mehrheit der Unternehmer jedoch lehnte diese Grundlage ab, so daß an eine Beendung des Kampfes im alten Jahr faum noch zu benten war. Das veranlagte die an dem Streit beteiligten großen Gemeinden, einen Drud auf das Reichsarbeitsministerium auszuüben. Gie hatten ben Erfolg, daß die Parteien vom Reichsarbeitsministerium geladen worden sind. Bleiben diese Parteiverhandlungen ergebnistos, foll die Bildung einer Schlichterkammer und ein neuer Schiedsspruch folgen, der voraussichtlich für verbindlich erklärt werben wird.

Handelt es sich bei diesem Kampf um einen rein wirtschaftlichen, bessen Berlauf ein normaler war, so ist der Kampf an der Ruhr durch den Gewaltsatt der Unternehmer neben dem wirtschaftlichen auch zu einem bedeutungs-vollen politischen Kampf geworden. Er wurde sicherlich nicht von den Unternehmern wegen des Schiedsspruchs geführt, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 6 Pf. brachte. Er war vielmehr seit einem Jahr vorbereitet, zu seiner Durchführung ein Kampssond von 50 Millionen von den Unternehmern geschaffen worden, mit dessen Hilfe sie beim Ablauf des

Bezirken für den Fortschritt.

Tarifes das verhaßte Shstem der staatsichen Einmischung in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zertrümmern wollten. Mit diesem Shstem war es möglich, auch in Krisenzeiten ein Abstürzen der erreichten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, ferner bei guter Konjunktur auch in solchen Bezirken, die noch immer eine schlechte Organisation der Arbeiter ausweisen und deshalb aus eigener Kraft nichts zu erreichen vermögen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Schiedsssprüche der Schlichter, die vom Keichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurden und damit neues Tarifrecht schusen, sorgten auch in solchen

Die Unternehmer an der Ruhr, die zu den rücksichtslosesten ganz Deutschlands gehören, wollten mit ihrem Borgehen zugleich aber die Welle der Lohnbewegungen zügeln. Sie rechneten bamit, daß ber Deutsche Metallarbeiter-Berband die Annahme der Aussperrung nicht wagen würde, weil die Arbeiter ungenügend organisiert sind, daß er vielmehr sich zu einer Berständigung mit den Unternehmern bereit erklären, die unter dem Schiedsspruch liegt, und diesen, damit zugleich aber auch den Reichsarbeitsminister, der ihn für verbindlich erklärt hatte, desavouieren würde. Nahmen jedoch die Gewertschaften ben Rampf an, wurden fie schon nach furzer Zeit finanziell ruiniert werden, da sie die Unorganisierten, wenn diese sich den Beifungen ber Gewertschaften unterftellen follten, mit unterftuten mußten. Die Unternehmer rechneten bann auf eine ähnliche Situation wie 1923 am Ende der Inflation, in der fie den Arbeitern die Bedingungen diktieren und das Bertrauen der Arbeiter zu ben Gewerkschaften verwirren konnten. Nicht unterftütt, wurden die Unorganisierten zu Butschen und Unruhen geführt werden, jo daß auch auf diese Beise die ganze Bewegung, vom gewertschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, zusammenbrechen wurde.

Keine dieser Kalkulationen ist eingetroffen. Der Deutsche MetallarbeiterBerband ist vor der Aussperrung nicht zurückgewichen, er war sinanziell so
gestellt, daß er seinen Mitgliedern, obwohl auch die Werstarbeiter zu unterstützen waren, die gleiche Unterstützung auf Monate hinaus garantieren
konnte. Aber auch die Kechnung auf die Unorganisierten schlug sehl.
Die brutale Aussperrung, durch welche eine Viertelmillion Arbeiter,
mit ihren Angehörigen eine Million Menschen, brotloß gemacht wurde,
peitschte die Dessentlichkeit auf und stellte sie auf die Seite der Arbeiter.
Im Keichstag wagte kaum ein Kedner der Kechtsparteien die Verteibigung
der Scharsmacher. Die Keichsregierung stellte 20 Millionen Mark zur
Unterstützung der Ausgesperrten zur Verfügung, die nicht nur an die
Unorganisierten, sondern auch an die Organisierten zur Auszahlung kamen.
Zum ersten Male in der Geschichte der Wirtschaftskämpse Deutschlands

stellte sich ber Staat offen auf die Seite ber Arbeiter.

Die Scharfmacher griffen beshalb die Staatsgewalt in heftigster Weise an. Um die öffentliche Meinung zu täuschen, versuchten sie, ihr Vorgehen rechtlich zu bemänteln. Der Schiedsspruch sei nichtig. Daß sie selbst nicht an ihre Behauptung glaubten, bewies die Einbringung ihrer Alage gegen den Schiedsspruch bei dem Arbeitsgericht in Duisburg und nicht in Düsseldorf, dem Sit der Unternehmerorganisation. Sie rechneten auf ein für sie gün-

stiges Urteil durch den Duisburger Borsitzenden des Arbeitsgerichts, der sich einige Monate vorher als Gegner der Gewerkschaften gezeigt hatte. Und ihre Hossnung trog sie nicht. Das Landesarbeitsgericht als Berusungs-

instanz gab jedoch ben Gewertschaften recht.

Die Geschäftsleute bes ganzen Industriegebietes und ebenso bie Gemeinden hatten unter der Aussperrung enorm gu leiden und schrien beshalb nach Aufhebung der Aussperrung. Auch ein Teil der Unternehmer, die ausgesperrt hatten, erkannte das Unverantwortliche solcher Magnahme. Sie bestürmten die bürgerlichen Parteien und diese verlangten von der Reichsregierung Magnahmen zur Beendigung des Kampfes. Ein Versuch bes Regierungspräsidenten bes Industriegebietes schlug fehl, weil die Unternehmer nach wie vor die Abanderung des Schiedsspruches verlangten, die von den Gewertschaften abgelehnt wurde. Nunmehr griff die Reichsregierung ein mit dem Berlangen an beibe Parteien, sich bedingungslos einer Entscheidung bes von der Regierung hierzu bestimmten Reichsinnenministers Severing zu unterwerfen. Die Unternehmer stimmten diesem Berlangen zu. Gie wußten, bag eine Ablehnung die gange Deffentlichfeit erneut gegen fie aufbringen mußte. Deffentlich rechtfertigten fie ihren Schritt damit, daß die Reichsregierung ihren Spruch preisgebe, mithin ber Rampf ber Unternehmer erfolgreich gewesen sei. Sie mußten sich jedoch erneut der Staatsautorität unterwerfen und unter das Diftat eines Mannes stellen, der ihr politischer und wirtschaftlicher Gegner war.

Auch die Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes war vor eine ihrer schwersten Entscheidungen gestellt. Schon vom rein gewertschaftlichen Standpunkt war die bedingungslose Unterwerfung unter eine Entscheidung, bei ber fie nicht mitgewirft hatten, taum angangig. Bei folder Unterwerfung mußten fie aber auch mit ber Möglichkeit rechnen, daß ber Schiedsfpruch abgeandert wurde, fo daß fie mitverantwortlich waren für einen, wenn auch beschränkten Erfolg ber Plane, welche bie Unternehmer mit der Aussperrung verfolgten. Rachdem jedoch außer den Unternehmern auch die übrigen beteiligten Gewertschaften ber Reichsregierung ihre Zustimmung gaben, hatte die Deffentlichkeit eine Ablehnung Rarl Geverings burch ben Deutschen Metallarbeiter-Berband, beffen Mitglied Severing ift, unmöglich verstehen können. Um jo weniger, als er bereits befannt gegeben hatte, daß seine erste Magnahme die Aufhebung der Aussperrung, die Wiedereinstellung aller Arbeiter in ihre alten Rechte und die Wiedereinsehung der Betriebsräte in ihre bisherige Funktion sein wurde. Die Deffentlichkeit fah nur, daß ber Gewaltatt ber Unternehmer beendet war. Gie hatte fich geschloffen gegen uns, wie bisher für uns eingestellt.

Zudem bestand auch keine Garantie, daß die letzte Entscheidung auf dem Rechtswege zugunsten der Arbeiter ausfallen würde. Es war serner damit zu rechnen, daß die ausgezeichnete Disziplin der an der Aussperrung beteiligten Arbeiter gestört werden würde, wenn die Leitungen der Gewerk-

schaften sich nicht mehr einheitlich einstellten.

Nach der Zustimmung auch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind die Betriebe sosort geöffnet worden und die Ausgesperrten so geschlossen wieder hineingegangen, als sie aus den Betrieben gekommen waren.

Sie haben eine heilsame Lehre erhalten. Sie organisierten sich vor der Aussperrung zu einem großen Teil deshalb nicht, weil sie einen Kampf im Ruhrgebiet für unmöglich hielten, jeder Kampf vielmehr wegen seiner enormen Wirkung auf die deutsche Wirtschaft von vornherein durch das Reichsarbeitsministerium verhindert werden würde. Es ist zu erwarten, daß die Aussperrung der Hebel sein wird, die Massen der Unorganisierten an der Kuhr in eine einheitliche Organisation zusammenzusühren und dadurch den Erfolg der Arbeiter in diesem großen Kampf zu erhöhen. Es war bereits ein nicht zu unterschäßender Erfolg, daß die Ausgesperrten jede Einmischung der

Kommunistischen Partei mit der größten Energie zurückwiesen.
Aber auch die Ruhrunternehmer haben eine wuchtige Lehre erha ten. Die Gewerkschaften sind heute so start, daß sie auch ihrer Macht troten; sie werden mit ihren Außsperrrungsandrohungen in Zukunft vorsichtiger sein als das disher der Fall war. Ueber all das hinaus hat der große Kampf jedoch gezeigt, daß Bolk und Staat nicht mehr der Villkür einer Handvoll Unternehmer außgeliesert sein dürsen. Notwendig ist nicht nur die Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers zur Gestaltung der Eisenwirtschaft im Sinne der Wirtschaftsdemokratie, sondern auch die intensivste Propaganda sür die Uebernahme dieser Schlüsselindustrie in öffentliche Bewirtschaftung. Der Boden dasür ist gelockert durch die Unternehmer selbst. Sie waren wieder einmal ein Teil der Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft.

Ein neuer Weg in der Wirtschaftspolitik

Tony Genber (Berlin)

In der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft bildete der Zuder immer eines der größten Spekulationsobjekte. Wohl bei keinem anderen wichtigen Nahrungsmittel hat man ein ähnliches Auf und Nieder der Preise erlebt. Die meisten der europäischen Regierungen hatten nicht nur hohe Schutzölle für Zuder sestgeset, sondern zum großen Teil auch noch Aussuhrprämien zur Förderung des Zuderexports bewilligt. Natürlich wurde auf dieser Grundlage versucht, mit Hilse sehr hoher Inlandspreise den Schleuderexport nach ausländischen Staaten vorzunehmen. Dieser Zustand hatte schließlich vor dem Kriege dazu geführt, daß die Brüsseler Zuderkonvention geschlossen wurde, die international die Aussuhrprämien sür Kübenzuder abschaffte und die Zölle der Kübenzuderländer auf einen gleichen Satermäßigte, der freisich noch hoch genug war.

Bie alle internationalen Bereinbarungen wurde auch diese vom Krieg zerstört. Und seitdem setzte denn auch die gleiche Anarchie wieder ein, wie vor dem Bestehen der Brüsseler Konvention. Alle Kübenzucker produzierenden Länder haben sich mit sehr hohen Schutzollmauern umgeben, viele von ihnen betreiben auf dieser Grundlage starken Schleuderexport. Gegenüber der Borkriegszeit ersuhr dieser Zustand dadurch eine Verschärsung, daß die durch den Friedensvertrag neugeschafsenen Länder, ihnen voran die Tschechoslowakei, mit staatlicher Hise das Dumping auf die Spite trieben. Nicht nur daß die Tschechoslowakei einen außerordentlich

hohen Schutzoll auf Zuder (42 Mf. pro 100 kg) legt, werden vom Staate auch noch besondere Mittel der kartellierten tschechischen Zuderindustrie gewährt. Dieser Schleuderexport ist aber außerbem als ausgesprochen soziales Dumping anzusprechen, da die Fabrikation auf der Grundlage

außerordentlich niedriger Arbeitslöhne erfolgt.

Nun hat der Zuder eine dreisach wichtige Bedeutung. Er ist nicht nur ein sehr wertvolles Nahrungsmittel, dessen Berbrauch weiter gesteigert werden sollte, es kommt dazu die Wichtigkeit der Zuderindustrie und schließlich ist es für die Landwirtschaft von hohem Wert, den Zuderrübenbau als Vorfrucht für den Weizenbau zu betreiben, um auf diese Weise die Böden zu verbessern. So kann die volkswirtschaftliche Bedeutung

ber Zuderproduktion nicht bestritten werden.

Es soll auch nicht verkannt werden, daß Landwirtschaft und Zuderfabriken sich angesichts der ungeheuren Preisschwankungen und insbesondere der auf Grund des Schleuderexports hereinkommenden Dumpingmengen in schwieriger Lage besanden. Diese Kreise traten daher an die Regierung mit dem Berlangen heran, den bestehenden deutschen Zuderzoll von 15 Mk. auf 25 Mk. zu erhöhen. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß der Zuderzoll der meisten Länder bedeutend höher ist als der deutsche, allen voran der Rußlands in der enormen Höhe von 59 Mk., so konnten dennoch Arbeitervertreter weder in Regierung noch im Parlament Maßnahmen zustimmen, die lediglich die Interessen von Produzenten berücksichtigt hätten. Nun hatten die Zuderproduzenten sich erboten, auch bei einem Zollsak von 25 Mk. sich dazu zu verpflichten, in dem deutschen Zuderpreis nicht mehr als den disherigen Sak von 15 Mk. sich auswirken zu lassen. Sie waren bereit, in diesem Sinne einen die ganze Zuderindustrie bindenden Vertrag abzuschließen.

Auf solche privaten Zusicherungen wollten sich indessen die Arbeitervertreter nicht einlassen. Auf der anderen Seite wollten sie sich der Erkenntsnis nicht verschließen, daß man gegenüber der ausländischen Schleuderstonkurrenz, die sich auf überhöhten Inlandspreisen aufbaut, nicht einsach passiv bleiben dürse. Hat doch der Arbeiter keineswegs nur die Funktion des Berbrauchers — er ist der wahre Produzent und darum hat er nicht nur ein Interesse an Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch an solchen Lebenssbedingungen der Landwirtschaft und Industrie, die ihm die Erkämpfung

anständiger Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Betrachtet man die bisherige Lage auf dem Zudermarkt vom Standpunkt des Verbrauchers, so muß man berücksichtigen, daß zunächst die Zeiten hoher Zuderpreise seit der Stabilisierung der deutschen Währung von längerer Dauer gewesen sind als die Peroiden niedriger Preise. Hierzu kommt die alte Ersahrungstatsache, daß sich im Kleinhandel hohe Preise viel prompter auszuwirken pflegen, als etwa Preisrückgänge auch zu raschen Preisherabsehungen für den Verbraucher sühren. Das Streben objektiv denkender Volkswirtschaft nuß zudem sein, den Weg vom Produzenten zum Konsumenten nach Möglichkeit zu verkürzen, den parasitären Handel und die Spekulation auszuschalten, die auf dem Boden starker Preisschwankungen am besten gedeihen.

In den letzten fünf Jahren haben die Großhandelspreise aber zwischen 15 Mf. dis zirka 24 Mf. geschwankt und so einen Faktor der Unsicherheit in die Wirtschaft gedracht, an dessen Fortdauer kein Teil des Volkes ein Interesse haben konnte. Wenn nun eine Maßnahme zur Ueberwindung dieses insbesondere sür die Landwirtschaft unerträglichen Zustandes durch die Gesetzgebung beschlossen werden sollte, so mußte von den Arbeitervertretern gesordert werden, daß man dann in gleicher Weise wie das Produzenteninteresse auch dassenige der Verbraucher schüße. Darum erklärten sie, einen Zollsat von 25 Mk. nur dann zulassen zu können, wenn im Gesetzselbst — und nicht durch private Zusicherungen der Industriellen — eine Sicherung dasür geschaffen würde, daß sich dieser Zollsatz nicht im Preise auswirken dürse, ja daß der Zuckerpreis im Großhandel nie 21 Mk. für 50 kg übersteigen dürse.

Es hat eines sehr hartnädigen Kampses der Arbeitervertreter bedurft, um diese gesetliche Festlegung und vor allem die Fizierung eines Preises von nicht mehr als 21 Mk. zu erreichen. Nun trat aber die weitere Frage auf: Wie kann man die Innehaltung dieses Höchstpreises auch in der Braris

erzwingen?

Es wurde in das Geseth die Bestimmung aufgenommen, daß die an der Magdeburger Börse notierten Preise maßgeblich sein sollten; wenn diese Notierungen im Durchschnitt eines Monats aber 21 Mt. übersteigen sollten, so hat der Reichssinanzminister automatisch und ohne besondere Besragung des Parlaments den Zollsak selbständig heradzusehen auf 10 Mt. (bisheriger Sat 15 Mt.). Das bedeutet praktisch, daß die Zuckerindustrie den Zuckerpreis stets auf einer unter 21 Mt. liegenden Höhe wird halten müssen, weil sie sonst rissieren muß, daß einige wenige Käuse den Preis an der Börse auf über 21 Mt. in die Höhe schnellen lassen könnten und sie dadurch Gesahr liese, den Zollsak plöhlich auf 10 Mt. heradgesett zu sehen.

Doch auch diese Sicherungen konnten noch nicht ausreichen. Burbe boch mit biefem Gefet eine neue Art von gebundener Birtichaft geschaffen. Man wird noch nicht vergessen haben, daß wir auch im Kriege und einige Beit nachher eine durch die Umftande erzwungene Art der gebundenen Wirtschaft in der Zwangswirtschaft hatten. Aus dieser Zeit hatten wir uns boch einige Erfahrungen gesammelt, die nun genuht werden mußten. Ift es boch damals vorgetommen, daß wohl mäßige Höchstpreise festgesett waren - allein man konnte zu diesen Preisen nur höchst selten und nie die ausreichenden Mengen taufen. Gegen Berfuche, biefen Schwindel wieder aufleben zu laffen, mußte man fich beizeiten schüten: Auf Berlangen ber sozialistischen Fraktion wurde daher eine weitere Bestimmung in das Gefet aufgenommen, die verhindern foll, daß die Zuderinduftrie der Berjuchung unterliegt, das Geset in der Weise zu umgehen, daß sie einen künstlichen Preis, und zwar in Höhe von nicht mehr als 21 Mt. an der Magdeburger Börje schafft, daß aber dazu die Bedarfsdectung des deutschen Bolkes tatsächlich gar nicht vorgenommen werden kann; sei es, daß man in Magdeburg nur einige Scheinvertäufe tätigt und an den übrigen Borfen höher notiert oder aber daß man die Zuderproduktion an eine eigens zu diesem Zwede benutte Gesellichaft jum gesehlichen Breis verkauft, ber

Handel von dieser Gesellschaft aber nur zu wesentlich höheren Preisen den Zuder zum Weitervertrieb erwerben kann. Solchen Manipulationen sollte von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden. Darum wurde festgelegt, daß auch im Falle solcher Börsenmanöver der Reichssinanzminister verpslichtet ist, automatisch von sich aus den Strafzoll von nur 10 Mt. in Kraft zu sehen und dadurch die Zuderindustrie selber die Kosten solcher

Natürlich ist das Finanzministerium verpflichtet, nunmehr eine Stelle einzurichten, die mit der Ueberwachung der Magdeburger Börse zu betrauen ist. Aber wir brauchen uns auf deren gutes Funktionieren allein nicht zu verlassen. Haben wir doch in der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine proletarische Organisation, die zu den größten Zuderabnehmern gehört und durch ihren Geschäftsbetrieb selbst eine stete Kontrolle der Preise ausübt. Im engen Zusammenarbeiten mit ihr wird man auch in Zukunst das Funktionieren des Gesetzes zu überwachen haben.

Der großen grundsählichen Bedeutung wegen, die dieser neuen Regelung zukommt, sei hier turz noch einmal zusammengefaßt, welchen Sinn diese

gefetlichen Magnahmen hatten:

Manöver tragen zu laffen.

1. Es mußte verhindert werden, daß eine Erhöhung des Zuderzolls vorgenommen wurde, die es ermöglicht hätte, die Zuderpreise ohne jede Beschränfung in die Höhe zu treiben. Eine parlamentarische Mehrheit für eine solche mechanische hinaussehung bes Zuderzolls war vorhanden.

2. Es mußte verhindert werden, daß durch das Dumping des Auslandes, insbesondere das tichechische, das auf der Grundlage der Kartellierung, staatlicher Hilfe und miserabler Löhne betrieben wurde, die deutsche Wirtschaft zu Arbeiterentsassungen und immer stärkeren Einschränkungen des Andaus und der Betriebe gezwungen würde.

3. Die ungeheuren Preisschwankungen auf bem Budermarkt entzogen ber Birtschaft, insbesondere aber der Landwirtschaft, jede Kalkulationsgrundlage und brachten daher

bauernbe Erschütterungen; sie mußten möglichst vermindert werden.

4. Eine weitsichtige Berbraucherpolitik ist in ihrer Wirkung auch die beste Produzentenpolitik. Darum mußte das Verbraucherinteresse daburch geschützt werden, daß man burch Festsehung eines erträglichen Höchstreises die Preise aus einem solchen Niveau hielt, um der in Deutschland noch durchaus notwendigen Verbrauchssteigerung des Zuders in den breiten Wassen die Wege zu ebnen.

5. Die im Rübenbau und in ber Zuderindustrie beschäftigten Arbeiter gehören zu den am schlechtesten bezahlten in Deutschland. Durch die Herbeisührung stetiger und sicherer Berhältnisse in der Ruderproduktion haben sie nun die notwendigen Boraus-

fetungen für die Erfämpfung befferer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das Neuartige dieser Regelung besteht darin: Man hat den Produzenten den notwendigen Schutz gewährt, zugleich aber auch die Interessen der Arbeiter als Produzenten wie als Verbraucher dabei besonders geschützt. Und dabei betrat man neue Wege der Virtschaftspolitik, die von außerordentlich weitkragender Bedeutung sind. Sie führen zu allem andern eher denn zu einer Versöhnung der Interessen von Kapital und Arbeit. Wohl hat man den Produzenten eine gewisse Sicherheit für ihre Tätigkeit geschaffen. Man hat ihnen einen bestimmten Windesterlöß gesichert. Aber zugleich hat man ihnen auch die Möglichkeit genommen, ihren Extraprosit aus Preissibersteigerungen zu ziehen. Die Zeiten sind vorbei,

ba der Staat die Nachtwächterrolle hatte und die Kapitalisten nach Belieben frei schalten und walten lassen durfte. Dazu ist die Arbeiterklasse auch politisch bereits zu stark geworden. So wurden die gesetzgebenden Körperschaften gezwungen, der politischen Macht der Arbeiterklasse die Konzession zu machen, eine für die Produzenten notwendige Maßnahme nicht ohne einen gleichzeitigen besonderen Schutz der Verbraucherinteressen zu treffen.

Damit aber hat man die ganze Basis der herrschenden Wirtschaftsordnung aufs schwerste erschüttert. Die theoretische Begründung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung war die Betonung von der Notwendigkeit der Freiheit des Individuums, auch des Wirtschaftsindividuums, durch dessen freie Initiative die beste Harmonie erreicht werden könne. Die Berechtigung des Gewinns des Kapitalisten aber begründete man mit der Erklärung, daß er eine Belohnung empfangen müsse für das große Risiko, das er zu tragen gezwungen sei.

Die Freiheit der Wirtschaft — sie ist preisgegeben durch die Herstellung einer mit hilse des Staates und der Gesetzgebung geschaffenen neuen

Form der gebundenen Wirtschaft.

Die Belohnung für bas Risito? Wenn der Staat und die Gesetgebung bem Kapitalisten bas Risito abnimmt, aus welchem Grunde will er bann

noch die Berechtigung für eine Belohnung ableiten?

Die Dialektik nimmt ihre unbeugsame Entwicklung. Die Bidersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft werden immer schroffer, die neuen Kräfte drängen immer stärker zur Gestaltung und beginnen bereits, alte Formen zu überwinden. Auch diese neueste Phase der Entwicklung bestätigt und: Daß im Schoße der alten Gesellschaft sich bereits die Formen einer neuen entwickeln und daß wir uns darauf vorbereiten müssen, Geburtschelser bieser neuen Gesellschaftsformen zu sein!

1111

::::

Konjunkturwandlungen im Jahre 1928

Blabimir Bontinsty (Berlin)

Das Jahr 1928 stand vom Ansang an im Zeichen einer schwankenben, bedrohten Konjunktur. Schon am Ende des Vorjahres erklärte das Institut für Konjunktursorschung, daß die wirtschaftliche Aktivität sich auf einem Maximum bewege und daß mit einem Rückgang gerechnet werden müsse. Zwar lagen zu diesem Zeitpunkt keine krisenhaften Erscheinungen vor, die Kurve der Arbeitslosigkeit eilte aber empor. Die Zahl der Hauptunterskübungsempfänger betrug nämlich:

lear Secre De auch le	Doc .	"	**	~	,								
am 15. November	1927.					394636	am	31. Januar	1928.			. 1	333115
- 30	1927.					604 509		15. Februar	1928.			. 1	290921
- 15. Dezember	1927.					830586		29.	1928.			. 1	237504
- 31.	1927.					1188274		15. März	1928.			. 1	200 271
1 C						1001100				-37	200		

^{1 &}quot;Bierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" 1927, Heft 3 (abgeschlossen am 30. Robember 1927), S. 5.

Freilich blieben diese Zahlen hinter dem Stande des Winters 1926/27 zurück. Dennoch, nach kurzem Aufschwung des Sommers 1927, schienen sie bedrohlich hoch. Ende Februar 1928 saßte das Institut für Konjunkturforschung seine Beodachtungen wie solgt zusammen: "Es läßt sich seskellen, daß das Maximum überschritten ist. Die Beschäftigung ist wesentlich zurückgegangen. Zum großen Teil beruht dies freilich auf jahreszeitlichen Einflüssen. Zedoch läßt sich aber eine konjunkturelle Abwärtsbewegung beodachten: die Berbrauchsgütererzeugung hat sich um 4,6 vh, die Erzeugung bei den Produktionsmittelindustrien um 2,4 vh vermindert . . . Bon Stabilisierung der Konjunktur kann nicht gesprochen werden; die Lage ist durchaus labil."

Diese labile Lage wurde in der Arbeiterpresse nicht eindeutig beurteilt: die einen meinten, daß das Wachstum des Arbeitslosenheeres sich so gut wie ausschließlich aus saisonmäßigen Einflüssen erklären läßt und daß die Unternehmer sich über die sinkende Konjunktur beklagen, nur um die Arbeitslöhne herabdrücken zu können; die anderen nahmen die Gefahr, die der Wirtschaftskonjunktur drohte, ernst und sorderten Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahr, vor allem eine Lohnpolitik, die den Binnenmarkt sestigen und den Industrieerzeugnissen ausreichenden Absah sichern sollte. Ich persönlich vertrat den zweiten Gesichtspunkt und versuchte ihn auch an

dieser Stelle zu begründen.2

Katastrophal war allerdings die Lage nich'. Der Ausschwung des vorigen Sommers war zwar vorbei, aber die Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit ging nur langsam und allmählich vor sich, so daß große Erschütterungen der Bolkswirtschaft erspart blieben. Die saisonmäßige Belebung der Bautätigkeit und der mit dem Bauwesen verbundenen Gewerbe hat die Senkung der Konjunktur weiter gebremst: mit dem Frühling ging die Arbeitslosigkeit zurück. Die Zahl der Unterstühungsempfänger war:

Das Institut für Konjunktursorschung charakterisierte die Lage meines Erachtens ganz richtig, als es in seinem Bierteljahresberichts schrieb: "Im ganzen ist die gegenwärtige Konjunkturlage dadurch gekennzeichnet, daß die jahreszeitliche Auswärtsbewegung der Birtschaft eine Atempause gibt." Allerdings waren auch andere Kräfte im Spiele, welche die Entwiklung der Depression hemmten. Bon ausschlaggebender Bedeutung waren die Arbeitslosenunterstüßungen einerseits und das System der Tarisverträge anderseits, die den Sturz der Löhne und den Zusammenbruch des Binnenmarktes verhinderten. Bemerkenswert ist, daß troß der sinkenden Wirtschaftskonjunktur die Tarisschne im ersten Halbjahr 1928 im ununterbrochenen Ausstel begrifsen waren. Im Durchschnitt machten die tarismäsigen Stundenlöhne aus:

^{1 &}quot;Bierteljahrshefte" 1927, Heft 4 (abgeschlossen am 25. Februar 1928), S. 7.

^{2 &}quot;Birtichaftstonjunktur und Arbeitskampfe" (1928, Rr. 4) und "Zum Kampf um bie Hochtonjunktur" (1928, Rr. 17).

^{* &}quot;Bierteljahrshefte" 1928, Heft 1, Teil A (abgeschlossen am 26. Mai 1928), S. 5.

			für	gelernte Arbeiter	für ungelernte Arbeiter
Ottober	1927			99,8 Bf.	72,6 Bf.
Januar	1928			101,0 -	73,7 -
Februar	1928			101,3 •	73,9 -
Mara	1928			101,5 -	74,1 •
April	1928			103,1 -	75,5 -
Mai	1928			105.9 =	77.4 -

Da ber Lebenshaltungskosteninder in diesem Zeitabschnitt so gut wie unverändert blieb (Oktober 1927: 150,2, Januar 1928: 150,8, Mai 1928: 150,6), bedeutete die Steigerung der tarismäßigen Lohnsäße eine Erhöhung der Reallöhne. Freilich weichen die tatsächlichen Verdienste der Arbeiter (und dementsprechend auch ihre Kaufkrast) von den Tarissöhnen ab. Der gegenwärtige Stand der Lohnstatistit läßt aber Verechnungen dieser Abweichungen nicht zu. Allerdings gibt es seine Gründe zur Annahme, daß im Frühjahr 1928 die Abweichungen der tatsächlichen Verdienste von den im Tarisvertrage sestgesetten Säten viel geringer waren als vor süns bis sechs Monaten. Der proletarische Abschnitt des Vinnenmarktes hat sich also in den ersten Monaten des Jahres 1928 erweitert. Und dieser Ersolg der Lohnkämpse hat sich als ein wichtiger konjunktursestigender Faktor erwiesen.

Im herbst 1928 trat ein neuer wichtiger Faktor ins Spiel: ich meine die günstige Ernte. Der Ernteertrag an Getreide war in diesem Jahre außerordentlich hoch, wie dies aus den nachfolgenden Zahlen zu ersehen ist:

Ernteertrage in Millionen Doppelgentner

	1926	1927	1928
Binter- und Commerroggen	64,1	68,4	77,0
Winter- und Commerweigen	26,0	32,8	34,4
Winter- und Commergerfte .	24,5	27,4	29,3

Un den drei Getreidearten zusammen hat Deutschland im Jahre 1928 (im Bergleich zum Borjahre) einen Mehrertrag von rund 12 Millionen Doppelzentner erzielt, wodurch feine Sandelsbilang gang erheblich entlaftet wurde. Die Wirfung der gunftigen Ernte auf die Wirtschaftstonjunktur war von der weiteren Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse abhängig: vom Gefichtspuntt der Intereffen der gefamten Bolfswirtichaft aus war ein Rudgang der Preise der Agrarstoffe wünschenswert, allerbings burfte diefer Rudgang nicht zu ftart fein. Ein Sturz ber Agrarpreife, bei dem der Bauer für den größeren Ertrag an Getreide einen geringeren Gesamtpreis erhalten und durch die gute Ernte ruiniert sein würde. hatte schwere Erschütterungen auch in ben Industrien verursacht, die bas flache Land mit Düngemitteln, Geräten sowie Verbrauchsgütern beliefern. Für die Sicherung des Gleichgewichts der wirtschaftlichen Kräfte war es von großer Bebeutung, daß die gunftige Ernte ber ländlichen Bevölferung ebenso wie der ftadtischen zugute fommt: die Genfung der Preise ber Lebensmittel sollte den Saushalt der städtischen Berbraucher entlasten und ihre Rauffraft für die Industrieerzeugnisse heben, gleichzeitig aber sollte auch die Kauffraft der Dörfer angefurbelt werden.

Es ist bemnach sestzustellen, daß die Entwicklung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den letzten Monaten im großen und ganzen diesem Weg solgte (gerade deshalb hat man darüber so wenig gesprochen und geschrieben): der Großhandelsinder für Agrarstoffe, der im Juli 1928 136,6 und im August 137,6 lautete, ist im September auf 134,2 gefallen (im Ottober stand er auf 134,8, im November auf 135,2,

Anfang Dezember auf 133,9).

Neben den genannten Aräften, die in der Richtung einer Belebung der Wirtschaftskonjunktur wirkten (Steigerung der Löhne, Festigung des Binnenmarktes, gute Ernte und günstige Entwicklung der Preise für Agrarstoffe), muß noch ein Faktor erwähnt werden, der sich ebenfalls der seit Jahreswende drohenden Gesahr einer Depression entgegensetze: die steigende Aussuhr. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, die den Rahmen dieses Aussahr. Der würden, will ich hier nur an den monatlichen Wert der deutschen Aussuhr (ohne Reparationssachlieferungen) erinnern:

					1928	1927	im Jahre	1928 mehr
						in Mil	lionen D	art
Januar				5	862	792	+	70
Februar					942	750	+	192
März					1021	832	+	189
April					920	793	+	127
Mai					894	833	+	61
Juni					890	747	+	143
Juli					914	847	+	67
August					1026	868	+	158
September					1059	933	+	126

Die deutsche Wirtschaft konnte also die Atempause der saisonmäßigen Belebung dazu benußen, um die depressiven Tendenzen zu überwinden. Auch in der Diagnose des Instituts für Konjunktursorschung machten sich optimistische Noten hördar. In seinem Septemberbericht teilte das Institut mit: "Die an sich starken depressiven Kräfte, die um die Jahreswende zu einer leichten Abschwächung des Tätigkeitsgrades führten, haben sich nicht

weiter gesteigert, sondern . . . sogar etwas vermindert."1

Die Konjunkturlage forberte vor allem eine feste und weitsichtige Preis- und Lohnpolitik. Es sollte alles vermieden werden, was zu einer Berengung des inneren Marktes führen konnte. Gebot der Zeit war also: keine Steigerung der Preise, keine Senkung der Reallöhne! Den Kapitänen der deutschen Wirtschaft war damit Gelegenheit gegeben, dem Bolke zu beweisen, daß sie ihrer schweren, wenn auch mit manchen Vorteilen verbundenen Aufgabe gewachsen sind. Den erwarteten Beweis haben sie wohl erbracht!

Die Preise werden bekanntlich in Deutschland zum Teil durch das freie Spiel der Nachfrage und des Angebots, zum Teil durch die Kartelle bestimmt. Es ist nun lehrreich, zu vergleichen, wie sich die freien und die geregelten Preise im Laufe des Jahres 1928 entwickelten. Der lette Bierteljahresbericht des Instituts für Konjunktursorschung bringt Aufschluß

^{1 &}quot;Bierteljahrshefte" 1928, Heft 2, Teil A, S. 5.

barüber. Sett man den Stand der freien und der geregelten Preise im Januar 1928 gleich 100, so betrugen die entsprechenden Inderziffern:

Freie Preise Geregelte Preise Freise Freise

Im Zeitabschnitt vom Januar bis Oktober 1928 sind also die freien Preise um 3,2 vh gesunken (was dem Fortschritt der Technik sowie der gesamten Lage der Birtschaft entsprach), die von den Berbänden ge-

regelten Preise sind aber im Gegenteil um 2,2 vh gestiegen!

Heignation: "Wenn im vorigen Jahr die Stabilität der Verbandspreise den Aufschwung in gewissem Grad gesördert hat, so kann die Steigerung der Verbandspreise gegenwärtig zu einer Verschärfung des Abschwungs der Wengenbewegungen beitragen." und diesen Spruch richtig zu verstehen, muß man berücksichtigen, daß hier als "Wengenbewegung" die Produktion im weiteren Sinne bezeichnet wird. Zur "Wengenbewegung" gehören nämlich solche Werkmale der Konjunktur wie Beschäftigungsgrad, Außnuhung der Kapazität der Werke, reales Volkseinkommen usw. Kur die Unternehmergewinne, die durch eine wucherische Preispolitik auch bei Sinschränkung der Produktion und Verminderung des realen Volkseinkommens erzielt werden, gehören zur "Wengenbewegung" nicht. Wit anderen Worten bedeutet das Urteil des Instituts, daß die Preispolitik der Unternehmerverdände im krassen Widerspruch zu den Forderungen der wirtschaftlichen Konjunktur steht und auf die Lage der Wirtschaft als eine depressive Kraft zu wirken droht.

Bielleicht aber ist die Lohnpolitik der Unternehmer weitsichtiger, vielleicht haben sie verstanden, hier gutzumachen, was sie mit ihrer Preispolitik der Wirtschaft antun? Für die Gestaltung der Löhne sind bekanntlich Tarisverträge aus chlaggebend. Im Herbst 1928 mußten gerade zahlreiche Tarise revidiert werden, die vorwiegend vor einem Jahre abgeschlossen worden waren. Nun stellten die Arbeitnehmer überall die Forderung einer Erhöhung der Tarissähe auf — in diesem Falle handelten die Nuhrmetallarbeiter genau so, wie alle übrigen Arbeiter und Angestellten, die zu derselben Zeit in Tarisverhandlungen mit den Unternehmern standen. Um die volle wirtschaftliche Berechtigung der Forderung der Erhöhung der Lohnsähe klar zu machen, genügt es, die Lebenshaltungsindezzissern vom

Berbit 1928 und 1927 zu vergleichen:

Bierteljahrshefte 1928, heft 3, Teil A, G. 17.

¹ Industrielle Rohstoffe und Halbwaren: Ausländische Kohle, Eisenerz, Schrott, Maschinengußbruch, Blech, Kupfer, Blei, Zint, Zinn, Textilien, Häute und Leder, technische Dele und Fette, Kautschut, Papier, Baustoffe.

² Industrielle Rohstoffe und Halbwaren: Inländische Kohle, Roheisen, Halzeug, Träger, Stabeisen, Walzdraht, Grobbleche, Grauguß, Temperguß, Kupfer-, Zint- und Messingblech, Aluminium, Nidel, Kunstseibe, Jutegarn, Treibriemenleder, Chemitalien, künstliche Düngemittel, Zellstoff, Zeitungsbruchpapier, Pappe, Zement, eiserne Röhren, Dachpappe.

	1928	1927
August	153,5	146,6
September	152,3	147,1
Ottober	152,1	150,2

Schon um das alte Lebensniveau aufrecht erhalten zu können, um eine Senkung der Reallöhne zu verhindern, mußten die Arbeitnehmer um entsprechende Erhöhung ihrer Geldlöhne sorgen! Ein solcher Ausgleich wäre aber nicht ausreichend, um den Riß zwischen der Produktion und dem Berbrauch, zwischen der immer wachsenden Kapazität der Betriebe und der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes zu verhindern. Wirtschaftlich notwendig war vielmehr eine Steigerung der Löhne, die dem Stande der Lebenshaltungskoften einerseits, dem Bormarsch der Technik, den Fortschritten der Rationalisierung anderseits angepaßt wäre.

Es ist kaum möglich, durch Statistiken zu beweisen, daß es sich um soundsoviel Pfennige pro Stunde, um soundsoviel vom Hundert der alten Sähe handeln müßte. Wichtiger ist aber, daß eine angemessene Steigerung der Löhne durchaus notwendig war, um die Wirtschaft von der Wirkung der depressiven Kräfte zu befreien und ihr den Weg eines neuen Aufschwungs

zu ebnen.

Da faßten aber die Kapitane der deutschen Industrie einen folgenschweren Beschluß. Sie waren satt zu sehen, daß gleichzeitig mit der Steigerung ihrer Gewinne auch die Löhne steigen. Sie waren der Tarifverhandlungen, Schlichtungen, "Lohnbiftate" mube. Sie wollten herr im eigenen Saufe fein. Die Stahlbarone des Ruhrgebiets erfüllten blog die Buniche und Beschlüsse des gesamten Unternehmertums, als sie den Aufruhr gegen bas Schlichtungssinstem proklamierten und den Schiedsspruch, ber ihnen eine Lohnerhöhung von ein paar Pfennigen auferlegte, mit der Aussperrung von 213 000 Arbeitern beantworteten. Fünf Wochen dauerte diefer Kampf, bei dem die Arbeitnehmer auf ihrer Seite nicht nur bas Gejet, das Gericht, die Autorität des Staates und die öffentliche Meinung des Landes, sondern auch die Forderung der wirtschaftlichen Bernunft, das Gebot der Konjunktur hatten. Hier will ich weder auf die einzelnen Momente des Kampfes noch auf seine Ergebnisse und Lehren eingehen. Ich möchte mich auf seine Beurteilung vom Gesichtspunkt der Wirkung des Ruhrkonflitts auf die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft beschränken.

Die unmittelbare Folge der Aussperrung war die Ausschaltung aus der Produktion von 213000 Arbeitern, was einem Auskall von rund 10 bis 12,5 Millionen Mark in der Woche glich. Der Auskall an erzeugten Werten war aber bedeutend höher: vorsichtig kann man ihn auf das Doppelte des ausgefallenen Lohnbetrages, das heißt auf 20 bis 25 Millionen Mark für jede Aussperrungswoche schäpen. In fünf Wochen wurden auf diese Weise der Volkswirtschaft unmittelbar Werte von 100 bis 125 Millionen Mark entzogen. Hierzu gesellten sich aber die Verluste des Bergbaus, der Feierschichten einführen mußte, der verarbeitenden Industrie, der Eisenbahnen, der Kheinschiffahrt, des Handels usw. Das gesamte wirtschaftliche Leben eines der wichtigsten industriellen Gebiete des Reiches war lahmgelegt. Kund 1 Million Menschen Familienangehörige mitgerechnet) wurden bis

auf die Grenze der äußersten Not gedrängt und mußten auf die Befriedigung ihrer gewohnten Bedürfnisse verzichten. Dadurch wurde dem inneren Markte Deutschlands ein starker Schlag versetzt. Wir bleiben im Rahmen der größten Vorsicht, wenn wir diese sekundären wirtschaftlichen Folgen der Aussperrung dem unmittelbaren Aussfall an Produktion gleichsehen. Im ganzen haben wir also mit wirtschaftlichen Verlusten von 200 bis 250 Millionen Mark zu rechnen. Erinnern wir uns der Verechnungen der Unternehmer, die ihre Mehrbelastung auf Grund des verbindlich erklärten Schiedsspruches auf 20 bis 25 Millionen Mark im Jahr geschätzt haben, so ergibt sich, daß die Volkswirtschaft in fünf Wochen der Aussperrung um den zehnsachen Betrag dieser Fahresmehrbelastung beraubt wurde!

Wer wird nun diese verschwenderische Zeche der Ruhrbarone zahlen? Der Anteil der Schwerindustrie an der Tilgung der Rechnung fann einstweilen noch nicht gemessen werden. Freilich wird sie die Verluste aus ber Dämpfung ber Defen und ähnliche Folgen ber Unterbrechung ber Produttion beden muffen, es handelt fich hier aber um verhaltnismäßig geringe Beträge. Bas ben unmittelbaren Ausfall an ber Erzeugung von Stahl und Eisen betrifft, so haben die Unternehmer ihre Lager vor der Aussperrung jo gefüllt, daß eine Stillegung von Betrieben für einige Wochen ihnen nicht schaden konnte (barin ift die Erklärung zu suchen, daß nach dem Abschluß aller Borbereitungen zum Kampfe die Industriellen entschlossen waren, die Aussperrung allenfalls durchzusühren, abgesehen davon, was der Arbeitsminister jum Schiedsspruch vom 26. Ottober sagen würde). Das Institut für Konjunkturforschung läßt diese Spekulation der Ruhrinduftriellen durchbliden, indem es bemertt: "Es liegt im Befen des kontinuierlichen Walzprogramms, daß möglichst große Mengen in einer Fertigung hergestellt werden. Dies hat zur Folge, daß bei rückgängiger Konjunktur die Werke sich bemühen, ihre Anlagen jo lange wie möglich voll auszunugen, um fpater notfalls zur Stillegung von gangen Betriebs. einheiten gu ichreiten. Während in der Borfriegszeit ein Rudgang der Konjunttur sich in einem allmählichen Abbröckeln des Auftragsbestandes und einem gleichzeitig erfolgenden Rudgang der Produktion bemerkbar machte, findet heute ein stusenartiger Rückgang des Auftragsbestandes und der Erzeugung statt."1

Eine Zeitlang konnten also die Unternehmer die Aussperrung dazu benuten, um ihre Lager zu räumen und die in den fertigen Erzeugnissen stedenden Mittel liquid zu machen, um anschließend daran mit Hochdruck unter voller Ausnutung der Kapazität ihrer Betriebe, das heißt mit günstigeren Selbstosten weiter zu arbeiten. Der Kanups hat aber länger gedauert, als die Kuhrmächtigen es gewollt haben, und die Stimmung der Börse nach dem Schlusse des Konflikts läßt vermuten, daß die Geschichte doch ein für die Aktionäre recht unersreuliches Nachspiel in den Gewinn-

fonten haben wird.

Wir nehmen also an, daß der zweite Ruhrkrieg für die Industriellen nicht so lukrativ wie der erste war. Allerdings werden sie nur einen ver-

¹ Bierteljahrshefte 1928, Seft 3, Teil B, G. 13.

schwindend kleinen Teil der gesamten Berlufte tragen, die ihre Politik der Bolkswirtschaft verursacht hat. Den größten Teil der Rechnung wird das Bolf, die Allgemeinheit zahlen. Die Arbeitnehmer waren fünf Wochen lang ihres Lohnes beraubt. Freilich waren sie nicht der Hungersnot ausgesetzt (wie die Unternehmer dies geplant hatten) und konnten sich über Waffer halten. Aber die fleinen Ersparnisse gahlreicher Arbeiterfamilien waren verzehrt, es wurden Schulden aufgenommen, deren Tilgung monatelang den dürftigen Saushalt schwer druden wird. Biele, die fich zu Beihnachten ein fleines Bergnügen leiften wollten, mußten auf die seit langem gehegten Plane verzichten. Ich will aber nicht auf diese Seite ber Frage eingehen und wende mich der Wirkung der Ruhraussperrung auf die Konjunktur zu. In seinem letten Bierteljahresbericht; den ich wiederholt zitiert habe, erklärt das Institut für Konjunkturforschung: "Die Wirtschaftsbewegung der letten Monate läßt auch jett keine Anzeichen für eine krisenhafte Berschärfung bes Abschwunges erkennen. Indessen ift durch Arbeitskämpfe ein erhöhtes Unsicherheitsmoment in ber Wirtschaft entstanden, das bei langerem Andauern zu neuen Spannungen führen kann."1

Befanntlich gehört bas Unficherheitsmoment zu ben größten Befahren, welche die Entwicklung der Konjunktur bedrohen können. Und die Kapitane der Schwerinduftrie haben fich felbst ein flägliches Zeugnis gegeben, indem fie die gesamte Wirtschaft des Landes in einen Zustand der Unsicherheit versetzt haben. Jest ift der Kampf im Ruhrgebiet erledigt. Damit ift aber die Gefahr neuer Aussperrungen, neuer Störungen der Produktion burch Willfür und Laune ber Unternehmer und ihrer Syndici nicht beseitigt. Die Tatsache, daß die Ruhrindustriellen unbestraft für die Verletung des verbindlich erklärten Schiedsspruches bleiben, wird vielleicht anderen Unternehmern den Mut zur Wiederholung derfelben Manöver einflößen . .

Die Arbeiterklasse muß sich bewußt sein, daß nicht nur ihr Wohlstand sowie ihre Rechte bedroht find, sondern auch die gesamte Wirtschaftstonjunttur, bei beren Abflauen eben die Arbeitnehmer am schärfsten zu leiden haben. Noch nie war es in dem Maße wie jest klar, daß das Proletariat in den Kämpfen für seine Klasseninteressen das Wohl der Allgemeinheit verteidigt. Besonders die Kämpfe um höhere Löhne und um den Ausbau des Schlichtungsspftems entwickeln sich immer mehr gum Rampf um die Besserung der Wirtschaftstonjunktur. ::::

2222

Was bietet die Sowjetregierung den Auslandsfavitalisten?

Bur neuen Konzeffionspolitit

Dr. 3. Grunfelb (Berlin)

Die Beranziehung von Auslandskapital ift für die Wirtschaft und Bevölkerung Ruglands zur Lebensnotwendigkeit geworden. Die chronische Warennot legt feit Jahren den Arbeiter- und Bauernmassen die schwersten Entbehrungen auf. Run ift es jo weit gefommen, daß die Bevolferung

¹ Bierteljahrshefte 1928, Heft 3, Teil A, G. 5.

allen Leiben einer schweren Lebensmittelnot ausgesetzt ist. Die Verbraucher in Stadt und Land stöhnen unter einer allgemeinen Warenknappheit, wie sie in einer modernen Wirtschaft kaum denkbar erscheint. Das Schlangenstehen und der erbitterte Kampf um die allernotwendigsten Lebensmittel und industriellen Bedarfsartikel ist in Sowjetrußland zur täglichen Erscheinung geworden, die die Lebenshaltung der Arbeiterschaft schwer bedroht.

Die brudende Kapitalnot wirtt lahmend auf Industrie und Landwirtschaft, verhindert die unentbehrliche Entfaltung der Produktivkräfte, wodurch die Ueberbevölkerung auf dem Lande und die Massenarbeitslofigfeit in den Städten außerst verscharft wurden. Da die Bevolkerung in Rugland in außerordentlich ftartem Tempo anwächst, muß eine entsprechende rasche Entfaltung der Broduftivfrafte des Landes Blat greifen und das tann nur mit Silfe einer Kapitaleinfuhr großen Stils bewertstelligt werden. Das ist für ein Agrarland, das im Anfangsstadium ber Industrialisierung sich befindet, eine Gelbstverftandlichkeit. So lagen die Dinge auch vor dem Kriege, als die Durchindustrialisierung Ruglands mit Hilfe des Auslandstapitals in Angriff genommen wurde. In den 20 Jahren, die unmittelbar dem Weltfrieg vorangingen, hat Rußland nicht weniger als eine Milliarde Auslandstapital für seine Industriebetriebe, zirka 600 Millionen Rubel für die Kommunalbetriebe und 21/2 Milliarden Rubel an Ctaatsanleihen aus dem Auslande importiert, wovon ein großer Teil jum Ausbau des Eisenbahnnetes verwandt wurde. Rugland war damals der am meisten begehrte Blat für das anlagesuchende Auslandstapital. Es tonnte beliebig Anleihen im Auslande aufnehmen und brauchte nicht, wie heute, zu Konzessionen, dieser ungunstigsten Art der Kapitaleinsuhr, Buflucht zu nehmen. Die wichtigfte Gewähr ber bamaligen Rapitaleinfuhr bildete die stabile Währung und der rapide Aufschwung der ruffischen Bolfswirtschaft am Ende bes vergangenen und zu Beginn diefes Jahrhunderts. Dieser Aufschwung wurde eben durch die starte Kapitalzufuhr aus dem Auslande ermöglicht und die wachsende Leiftungsfähigfeit der ruffischen Wirtschaft stachelte ihrerseits die Auslandstapitalisten zur Rapitals ausfuhr nach Rugland an. Dieses wirtschaftliche Lodmittel bildet die beste Gewähr für die Heranziehung von Auslandskapital, und man brauchte bamals nicht ben Auslandstapitalisten besondere Lederbissen anzubieten, wie die Sowjetregierung es heute mit recht geringem Erfolg tut. Sind die Grundlagen der Wirtschaft fest, so kommt das Auslandskapital von selbst. Bom volkswirtschaftlichen Standpunkt ift eine Kapitaleinfuhr nur dann gerechtfertigt, wenn dadurch die Kapitalbildung im Inlande ermöglicht und gefördert wird. Das war vor dem Kriege tatfächlich der Fall, denn in den Jahren 1908 bis 1912 überwogen bereits die Effettenemissionen im Inlande recht erheblich diejenigen, die Rugland im Auslande auflegte, wie aus folgender Tabelle zu erseben ift. Die Effettenemissionen

iı	n Rußland in Milli	im Auslande		in Rußland in Willion	im Auslande en Rubel
1908	645,2	254,4	1911	980,3	256,0
1909	449,8	345,5	1912	868,0	448,3
1910	713,8	205,1			

(Bgl. J. Lewin, "Das beutsche Kapital in Rußland", Petersburg 1914, S. 83.) Wie ansehnlich die Kapitalbildung vor dem Kriege in Kußland zunahm, geht auch daraus hervor, daß die Depositen der Banken von zirka 310 Millionen Kubel im Jahre 1895 auf $2^1/2$ Milliarden im Jahre 1913 angewachsen sind, und gleichzeitig erreichten die Einlagen in den Sparkassen Williarden Kubel gegen 390 Millionen Kubel im Jahre 1895. Bei einer derartig immerhin beachtenswerten inneren Kapitalbildung ist die starke Heranziehung von Auslandskapital unbedenklich, dann kann man auch das Auslandskapital zu volkswirtschaftlich günstigen Bedingungen bekommen, denn es besteht die Gewähr der Kückahlung, die Kapitalgeber haben das Bertrauen zu der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes.

Anders liegen die Dinge schon rein wirtschaftlich im heutigen Aufland, wo die Rapitalbildung seit Jahren durch die Wirtschaftspolitik der Cowjetregierung unterbunden wird, wo die öffentliche Wirtschaft, der größte Teil ber Staatsbetriebe zuschußbedürftig und unrentabel ift. Die Landwirtschaft stagniert, die Bauern veräußern nicht ihre Getreidevorräte, weil sie nicht entsprechend mit Industriewaren versorgt werden, die Teuerung wächst, der Rubel wird entwertet auch infolge der fortschreitenden Inflation, die Brivatindustrie befindet sich in tläglichem Bustand, der Brivathandel wird brangfaliert und auf die Bahn ber wuften Ueberwucherung der Bevölkerung burch geheime Spekulation getrieben. Dieje verfolgten "Privatwirtschaftler" versteden ihre spekulativen Gewinne in ewiger Angst vor der Ticheta. Bon einer privaten Kapitalbildung fann unter folden Berhältniffen feine Rede fein. Benn auch Rapital entftebt, so scheut es das Licht der Deffentlichkeit aus politischen Gründen. Anderseits ist die Kapitalbildung in der nationalisierten Wirtschaft infolge ihrer hohen Betriebstoften und geringen Leiftungsfähigfeit außerft gering, ihr Rapitalbedarf dagegen enorm. Run hat die Sowjetregierung durch ihre inneren Anleihen im Laufe ber letten Jahre ben Anleihemartt außerst angespannt.

Es ift ein recht eigenartiger "Anleihemarkt" in einem Lande, wo keine normale Rapitalbildung stattfindet. Das Privatkapital beteiligt sich an biefen Anleihen in minimaler Beife aus den erwähnten Gründen. Bor kurzem hat die Sowjetregierung die sogenannte zweite Industrialisierungsanleihe aufgelegt. Aus der Feststellung der "Etonom. Schisn" vom 2. Dttober d. J. ift zu ersehen, daß aus den 367 Millionen Rubel, die bis Anfang Ottober auf diese Anleihe gezeichnet wurden, das Privatkapital nur mit wenigen Millionen beteiligt war, während der bei weitem überwiegende Teil durch kollektive Zeichnung der Arbeiter und Angestellten aufgebracht wurde. Es handelt sich um die sogenannte "freiwillige" Zeichnung in den Betrieben, wobei den Lohnempfängern ein monatliches Lohneinkommen in zehn Raten einfach abgezogen wird und die roten Gewertschaften fungieren dabei als Einpeitscher dieser förmlichen Lohnabzüge zugunften der Staatsindustrie. Diese Tatsache, daß die Sowjetregierung ihre sterile Industrie aus den Arbeitergroschen finanziert, verdient festgehalten gu werden. Wenn man den russischen Arbeitern und Angestellten, die an sich schon miserable Löhne und Gehälter beziehen und jett noch infolge der

Lebensmittelnot der Unterernährung ausgesett sind, Hunderte Millionen vom Lohneinkommen abzieht, so ist es ein erschütternder Beweis des

Berfagens der Wirtschaftspolitit der Sowjetregierung.

Die bemagogische Abbrosselung ber privaten Kapitalbilbung schlägt nun recht deutlich zum Unheil der Arbeitnehmer aus, denen die Löhne auf einem Umwege gefürzt werden. Während nun die ruffischen Kapitaliften aus parteipolitischen Grunden in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit außerst eingeschränkt werden, trat die Sowjetregierung fürzlich mit einem, von ihrem Standpunkte aus fehr verlodenden Angebot an die Auslandstapitalisten heran. Der Rat der Boltstommissare hat durch einen speziellen Beschluß über "die Aftivierung des Konzessionswesens" den ausländischen Rapitalisten eine Reihe sehr wichtiger Privilegien in Aussicht gestellt, um ihren Appetit zu reizen. Diese wichtige Magnahme bestätigt so recht deutlich die doppelte Moral, die sich die Sowjetregierung gegenüber den inländischen und ausländischen Kapitalisten zurechtgelegt hat. Alles, was dem ruffischen Unternehmer streng versagt bleibt, wird dem Auslandstapitaliften liebevoll angeboten. Das Staatsmonopol wird für den Auslandsunternehmer durchbrochen und er barf fich nicht nur im Bergbau, ber Brennstoffindustrie überhaupt, nicht nur in der Metall- und Maschinenindustrie, sondern auch im Transportwesen, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Automobilinduftrie usw. betätigen. Ja, in ihrer gaftfreundlichen Aufwallung gegenüber bem ausländischen Finanzfapital geht die Sowjetregierung so weit, daß sie selbst die Kommunalbetriebe als Konzessions objett anbietet. Die Beitherzigfeit ber bolichemistischen Staatsmanner fennt eben im Guten und Bojen feine Grenzen. Der neue Konzeffionsplan, von dem es in der Sowjetpreffe heißt, daß er nur einen Anfang darftelle, nennt gleich nicht weniger als 60 Stabte, so ziemlich bas größte und beste, was Rugland an modernen Städten aufzuweisen hat, mit Leningrad und Mostau an der Spite, wo die Auslandstapitalisten die ihnen wünschenswertesten Kommunalbetriebe zur Ausbeutung auswählen können (Strafenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserleitung, Kanalisation, Schlächtereien usw. heißt es in der Aufgählung), also lauter Dinge, die in jedem geordneten Staate in ftabtischer Regie fich befinden, was felbft im gariftischen Rugland der Fall war. Besonders bemerkenswert in diesem volkswirtschaftlich eigenartigen Regierungsbokumente ist die den ausländischen Konzessionären angebotene Garantie, daß "im Falle erheblicher Kapitalanlagen in der Gegend, die vom Konzessionsbetrieb bedient wird, im Laufe einer bestimmten Frift feine abnlichen Betriebe entstehen durfen" (zitiert nach der "Efonom. Schisn" vom 28. September 1928). Sier murbe also den Auslandskapitalisten ein unleugbares Monopol bei der Bersorgung der betreffenden Gebiete mit Baffer, Gas ufw. gesichert fein, was ichon gang bedenklich erscheinen muß. Dies um so mehr, als in dem erwähnten Konzessionsplan mehrmals "die absolute Zusicherung einer genügenden Gewinnerzielung" bem Konzeffionar in Aussicht gestellt wirb. Dagegen sucht man vergebens in dem neuen Konzessionsplan, der bisher nur in Auszügen veröffentlicht wurde, nach einer gesicherten Garantie, daß die Berbraucher unter einem Monopol bes Konzessionars, bas immerhin,

wie wir eben gesehen haben, in Aussicht genommen ist, nicht überwuchert würden.

Auf dem Gebiete der industriellen Betätigung bietet die Sowjetregierung den Auslandsunternehmern Bergunftigungen an, von benen ber ruffische Privatunternehmer nicht einmal träumen barf. Den Konzeffionaren werben Bollvergunftigungen gewährt, es wird für fie, ftatt ber verwirrenden Gulle von Steuern, eine spezielle Konzessionsfteuer eingeführt, ferner wird ihnen die beschleunigte Verabreichung von Lizenzen zur Einfuhr in Aussicht gestellt, und zwar soll diese Frist "nicht länger als einen Monat dauern". Ja, felbst die Leiter der Staatsbetriebe werden da neidvoll zu den Auslandskonzessionären aufschauen, denn manch Staatsbetrieb muß monatelang warten, bis er die Einfuhrligenz aus den Rangleien des Außenhandelsmonopols erlangt, und bis diese schwerfälligen Außenhandelsinstanzen ben Staatsbetrieben die ersehnten Maschinen aus dem Auslande verschaffen, find ichon öfters Jahre vergangen. Die Sowietpreffe berichtet hierüber häufig. Der Auslandstonzeffionar wird bagegen die Lizenz und die Einfuhr rasch bewerkstelligen können. Und die Zollvergunftigungen bekommen nicht einmal die Staatsbetriebe. Alles in allem: die Konzeffionare werden durch das Bersprechen absolut gesicherter Rentabilität angelockt, während die Rentabilität der Staatsbetriebe alles zu wünschen übrig läßt und bem ruffischen Brivatunternehmer der Weg zu einer rentablen Tätigfeit von Staats wegen, im Intereffe der Aufrechterhaltung der Diftatur, versperrt ift. Da bem Auslandskapitalisten nicht nur das Auslandskapital zur Berfügung steht, sondern da ihm die Sowjetregierung auch die Möglichfeit einräumt, die in Rugland erzielten Profite zur Erweiterung ber Ronzessionsbetriebe zu verwenden, darf man annehmen, daß nach allen erwähnten Bergunftigungen die Konzessionsbetriebe am Ende die einzig rentablen Betriebe fein würden, jo daß das Auslandstapital mit Silfe eben ber von der Sowjetregierung fo forgfältig verbürgten Profite immer mehr Betriebe an fich reißen konnte, falls es eben ben Bunich banach verspuren follte. Die Sowjetregierung pflaftert so ziemlich mit ihrem neuen Konzeffionsplan den Weg zur Ueberfremdung der ruffifchen Induftrie und ber Kommunalbetriebe. Lediglich aus parteipolitischen Gründen erscheint ihr ber ausländische Kapitalismus afzeptabler als ber heimische Kapitalismus, ber zum spekulativen Dasein verurteilt wird und volkswirtschaftlich sich nur negativ auswirten fann. hierin wurzelt die größte Gefahr ber neuen Konzessionen, die die Sowjetregierung den ausländischen Kapitalisten machte. Burden bisher die treibenden Krafte der ruslischen Bolfswirtschaft zugunsten der Diktatur der KBR oder ihrer gerade vorherrschenden Spite gehemmt und in das Profrustesbett der sterilen Sowjetindustrialisierung hineingezwängt, so bietet man jest diese an Sanden und Füßen gebundene Bolkswirtschaft den Ausbeutungsgelüften der ausländischen Kapitalisten an. bie offenbar bem Sowjetsozialismus die Krone auffegen sollen.

Bären die Bolschewisten zu einer halbwegs vernünftigen Wirtschaftspolit k fähig und würden sie nicht das Riesenland und die vielgeprüste Bevölkerung als Schemel für ihre Parteidiktatur mißbrauchen, so brauchte Rußland nicht als Ausbeutungsobjekt öffentlich ausgeboten zu werden,

sondern es würde, wie vor dem Kriege, zu volkswirtschaftlich günstigen Bedingungen Auslandstapital beziehen können. Seine nach ber Revolution so aufgerüttelten und aufstrebenden Bolksmassen brauchten wahrlich nicht in diesem von der Natur gesegneten Lande am Hungertuche zu nagen, wie jest im elften Sahre ber bolichewistischen Migwirtschaft und ber burofratischen Berseuchung. Bahrend die gahlreichen Oppositionen innerhalb der RBR verwirrende scholastische Debatten Monate hindurch darüber führen, ob Rugland mehr industrialisiert oder mehr agrarisiert werden soll, geht ber ruffischen Bolfswirtschaft allmählich ber Atem aus. Sofolnitow, ber auf der Weltwirtichaftstonfereng in Genf die Borguge ber Sowjetwirtschaft so beredt schilderte, hat vor furzem im Barteivorstand ber RPR über die Birtichaftslage unter anderem ausgeführt: "Bährend die Anbauflache ber Landwirtschaft im Berhaltnis zur Borfriegszeit 95 vo beträgt, beträgt die Bevölferungszahl 110 vg. Der Golbvorrat hat fich nach brei gunftigen Erntejahren um das zweifache vermindert. Die Balutareferven find bis zum außersten erschöpft - weiter tann man nicht geben. Wir geraten in eine Lage, wo uns die Kredite gefährlich werden tonnen . . . Die weitere Ausnutung des furzfriftigen Kredites murde bedeuten, in die Schlinge des Gläubigers zu geraten." (Bgl. "Die Fahne des Kommunismus" vom 23. d. M.) Bereits im vergangenen Jahre hat der Finangtheoretiter Professor Solowjew in der Sowjetpresse auf die Unmöglichkeit der weiteren Ausdehnung der kurzfristigen Aredite hingewiesen, wenn die Sowjetregierung nicht in die Gefahr der Zahlungsschwierigkeiten geraten foll. Diese Schwierigkeiten rühren von der Stockung der Getreideausfuhr infolge eben ber widerfinnigen Politit gegenüber ben Bauern ber. Es ift flar, daß die Leiftungsfähigfeit der ruffifchen Bollswirtschaft um jeden Breis raich gehoben werden muß, und bas ware die beste Boraussetzung für die Kapitalzufuhr aus dem Auslande, ja die einzig tragbare Boraussetzung. Dazu gehören andere politische, rechtliche und wirtschaftliche Berhältnisse.

Die APR versucht nun auch, die neue Konzessionspolitik mit dem Hinweis auf die Gebote Lenins zu rechtfertigen. Nun, Lenin hat in bezug auf die Heranziehung von Auslandskapital recht drastische Außerungen getan, an die man jeht unwillkürlich zurückbenken muß. In seiner berühmten Rede auf dem Parteitag der KPR am 15. März 1921, mit der Lenin die

neue Wirtschaftspolitik begründete, führte er unter anderem aus:

"Solange es keine Revolution in den anderen Ländern gibt, würden wir Jahrzehnte brauchen, um aus dieser schwierigen Lage uns herauszuskrabbeln. Unter solchen Berhältnissen ist es nicht schade, Hunderte Millionen, ja Milliarden unserer unsaßbaren Naturschäße zu opsern, nur um die Hilse des ausländischen Großkapitals zu erlangen. Wir werden es uns dann mit Gewinn zurücknehmen . . Dieses Kapital wird uns hundertsache Zinssäße abschinden. Das muß man begreisen. Es gibt aber nur diese Art der wirtschaftlichen Beziehungen oder keine. Wer die Frage anders stellt, der versteht von der praktischen Dekonomik absolut nichts." (Lenin, "Die Grundausgaben der Partei unter der Nep", Moskau 1924, S. 16.)

Beabsichtigt die APR auch dieses Gebot Lenins zu befolgen, ist etwa die neue Konzessionspolitik als erster Schritt auf diesem Wege anzusehen?

Der deutsche Bergbau im Jahre 1927

Milliardenwerte gehobener Raturichage

Rarl Otter (Bochum), D. b. 2.

Der Wert der bergdaulichen Rohförderung Deutschlands im Jahre 1927 beträgt etwa 3 Milliarden Mark. Nach der Weiterverarbeitung, Verkokung und Rebengewinnung etwa 3½ Milliarden Mark. So hoch ist der Wert, den die Bergleute der Mutter Erde entrissen und der deutschen Nation in einem Jahre zugeführt haben. Dieses wurde nicht ohne Opfer vollbracht. Tagtäglich sahren sie in die dunkle Tiese hinad und entreißen unter den größten Todesgesahren der-Erde die Naturschäße, damit die Wirtschaft in Gang bleidt; die Nation mit Licht, Krast und Wärme versorgt wird. Etwa eintausend Tote und über einhunderttausend Leicht- und Schwerverletzte in einem Jahr. Das sind die schweren Opfer, die die deutschen Bergarbeiter beim Gewinnen der Naturschäße gebracht haben. Nervenzerstörung, Lungenkrankheiten, früher Krästeverbrauch und Siechtum, das sind die Merkmale der ungesunden und krästeverzehrenden Arbeit. Und der Lohn? Die Bergarbeiter stehen damit erst an zehnter Stelle unter den deutschen Arbeitern.

Der Lohnanteil der Bergarbeiter am Wert der Rohförderung bei der Steinkohle betrug etwa 50 vh. Nur die Hälfte des Ertrages wurde für die Löhne und die Gehälter der Angestellten verwandt. Das andere blieb für die Grubenbesißer. Im Braunkohlenbergbau betrug der Lohnanteil etwa

36 vo und im Ralibergbau nur etwa 25 vb.

Nach der Statistik des Deutschen Reichs (3. Heft 1928), herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, betrug der

Bert ber bergbauligen Robforberung Deutschlands

						1926	1927		1926	1927
						in Millio	nen Mark	i i	n Million	ien Mt.
Steinfohle.						. 2038,3	2205,0	Rupfer und übrige Erze .	27,8	28,4
Brauntohle						. 387,8	423,9	Siebefalz u. Debenerzeugn.	20,7	22,7
Ralifalze .						. 81,8	111,7	Steinfalz	15,7	16,9
Gifenerg						. 47,7	65,8	Erbol, Asphalt, Graphit .	10,2	10,7
Blei, Silber	t,	8	inf	e	rz	. 41,5	42,1	Rujammen	2671,5	2927,2

Hohproduktion betrug im Jahre 1927 mit 2,93 Milliarden Mark reichlich eine Viertelmilliarde oder rund 10 vH mehr als im Borjahre. Er erreichte damit den bisher höchsten Stand seit der Stadilizierung. Zugleich — also erst im vierten Jahre des Wiederausbaues nach der Instation — wurde wertmäßig die Borkriegshöhe der bergbaulichen Produktion des jezigen Reichsgebietes zum ersten Male überschritten. Der Gesamtwert der Erzeugung des Bergbaues war im Jahre 1927 um 39 vH höher als 1913 (gleiches Gebiet), der Großhandelsinder der industriellen Rohstosse und Halbwaren um 31,9 vH. Die Produktionsmenge hat in allen wichtigen Zweigen des Bergbaues bis auf den Eisenerzbergbau den Borkriegsstand des jezigen Reichsgebietes gleichfalls überschritten."

Vom Sesamtwert der bergbaulichen Rohförderung Deutschlands untfällt der Löwenanteil auf Preußen. Im ersten statistischen Heft 1928 der Beitschrift für Bergbau, Hütten und Salinen im Preußischen Staate", herausgegeben vom Ministerium für Handel und Gewerbe, wird für das Jahr 1927 eine Uebersicht gegeben über die

Bergwerterzeugniffe Preugens im Jahre 1927

	Bahl ber	Brobut	tion
	Betriebe	Menge in Tonnen	Wert in Mart
Steinfohlen	278	149428496	2125342616
Braunfohlen	270	126662141	335 303 828
Erböl	50	96883	9433124
Rohbernstein	1	414	2213925
Cisenerze	128	4569743	53338691
Binterge	15	275 378	32 224 463
Bleierze	31	136072	17645789
Rupfererze	15	952 089	23952866
Arfeniferze	2	4710	235 500
Manganerze	1	30	1995
Uranerze	1	3	10362
Schwefelfies	2	345493	4174854
Steinfalz	. 12	1267711	9438147
Carnalitialze	15	1261116	9345211
Kainit, Sylvit	37	5324082	57870976
Bischofit	1	8426	168520
Borafit	1	'27	5935
Busammen	860	290332804	2680706802

Von der deutschen Steinkohlenförderung im Jahre 1927 in Höhe von 153 Millionen Tonnen entfallen auf Preußen nicht weniger als 149 Mill. Tonnen. Bei der Braunkohle von 150 Millionen im Reich 126 Millionen Tonnen und bei Kali von 10 Mill. 6½ Millionen Tonnen auf Preußen.

Wie bereits eingangs gesagt, betrug der Wert der Rohförderung etwa 3 Milliarden und durch die Weiterverarbeitung, Verfofung und Nebengewinnung etwa 3½ Milliarden Mark. Die Nebengewinnung bringt den Zechenbesitzern sehr viel Geld ein, das bei irgendeiner Lohnforderung der Bergarbeiter nur zu wenig berücksichtigt wird.

Ein sehr anschausiches Bild über die Wertsteigerung und den Gewinn für die Zechenbesitzer durch die Verkokung der Kohle bringt der "Glüd-Auf"

in Mr. 33, 1928:

Befamtwert ber Gewinnung bes Steintohlenbergbaues im Ruhrbegirt (in 1000 Mart)

2 Sujammen	1784596	1834471	2001979
Pregtohlenherstellung	15934	11016	9412
Leuchtgas	10202	9865	11654
Ammoniaf	69164	61888	66508
Benzolgewinnung	67689	68966	68 350
Teergewinnung	37 003	50489	75127
Werterhöhung burch Berkofung .	40545	23445	36327
Steinkohle	1544059	1608802	1734601
	1925	1926	1927

Demnach erhöhte sich ber Wert durch die Verkokung und Nebengewinnung gegenüber dem Rohwert für Kohlen in den Jahren um:

(in 1000 Mart) 240537 225669 267378

Wenn schon allein im Auhrrevier im Jahre 1927 durch die Verkokung und Weiterverarbeitung der Kohle der Wert um 267 Millionen Mark gestiegen, so ist die Schähung der Wertsteigerung auf rund 500 Millionen Mark bei der Weiterverarbeitung der gesamten deutschen Kohförderung ganz gewiß nicht zu hoch gegriffen.

Betriebe, Berfonen und durchichnittliche Betriebsgröße im deutschen Steintohlenbergban

		Berufsgeno versicherte	sserionen	Förderung durchschnittlich je Betrieb				
Jahr	Betriebe	im ganzen	burchschnittl. je Betrieb	Menge in Tonnen	Wert in 1000 Mark			
1913	284	490709	1728	495610	5778			
1924	376	558938	1487	315874	5512			
1925	343	557 087	1624	386653	5549			
1926	314	514807	1640	462725	6493			
1927	303	542 062	1789	506929	7277			

Für das Jahr 1913 ist nur das jehige beutsche Gebiet berücksichtigt worden. Der hier angegebene Wert ist der Wert, den die Zahl der Betriebe

im Durchschnitt herausgebracht haben.

Beispiel: Im Jahre 1927 haben 303 Steinkohlenbetriebe im Durchsichnitt je Betrieb 7277000 Mk. an Wert herausgebracht. 303 mal 7277000 = 2204931000 Mk. Da aber hier nur runde Zahlen eingesett und die Hunderte nicht berücksichtigt worden sind, so ist der Gesamtwert der Steinkohlenförderung für das Jahr 1927 auf 2205000000 Mk. abgerundet worden, wie an einer anderen Stelle zum Ausdruck kam. Sehr deutlich kommt die "Rationalisierung" in den Zahlen in dieser Tasel zum Ausdruck. Die Zahl der Steinkohlenbetriebe in den drei letzten Jahren ist um vierzig verringert worden, während die Menge und der Wert se Betrieb sehr stark in die Höhe gegangen ist.

So wie im Steinkohlenbergbau hat sich auch im Braunkohlenbergbau

ber Konzentrationsprozeg vollzogen:

Betriebe, Berfonen und durchfcnittliche Betriebsgröße im dentichen Brauntohlenbergban

		THE RESERVE OF THE PARTY OF THE	ossenschaftlich Bersonen	Förberung durchschnittlich je Be trie b					
Jahr	Betriebe	im ganzen	durchschnittl. je Betrieb	Menge in Tonnen	Wert in 1000 Mark				
1913	464	58947	127	187992	414				
1924	444	93713	211	280714	833				
1925	404	82 023	203	345853	964				
1926	364	76688	211	382282	1065				
1927	338	72 324	214	445278	1254				
THE RESERVE									

An der Gesamtproduktion des Deutschen Reiches sind die einzelnen Bergbaureviere beteiligt:

Forberung ber beutigen Braunte	hlenbezirte	(in 1000	Tonnen)
Bezirte	1913	1926	1927
Thuringifch-Sachfifcher Begirt .	30100	48384	52890
Rieberrheinischer Begirt	20256	39867	44 141
Rieberlaufiper Begirt	22 128	31 201	32782
Dberlaufiger Begirt	2796	7333	7710
Braunschweig-Magdeburg	7727	6926	7159
Uebrige Bezirfe	4221	5440	5822
Quiamman	97 999	190151	150504

Beispiellos ist die deutsche Braunkohlenproduktion seit dem Jahre 1913 gestiegen. Von 87 Millionen 1913 auf rund 150 Millionen Tonnen im Jahre 1927. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Braunkohlenproduktion im Jahre 1928 die Höhe von 160 Millionen Tonnen erreichen.

Aber auch die Steinkohlenproduktion ist nicht unwesentlich gestiegen, wie die nächste Tafel aufzeigt. Für das Jahr 1913 ist nur das jetige beutsche

Bebiet berüchichtigt worden.

Forberung ber beutichen Steintohlenbezirte (in 1000 Tonnen)

Quiamman	140753	145996	153599
Uebrige Begirfe	922	750	752
Sachsen und Thüringen	5460	4 237	4091
Machener Bezirk	3265	4613	5023
Miederichlesien	5528	5588	5844
Westoberichlesien	11091	17462	19378
Ruhrgebiet	114487	112646	118511
Bezirte	1913	1926	1927

Das Ruhrrevier hat die Produktion im Jahre 1927 gegen das Jahr 1913 um rund 4 Millionen Tonnen gesteigert; Bestoberschlesien um 8 Millionen Tonnen und beinahe verdoppelt, während Niederschlesien stehen blieb. In Sachsen und Thüringen ist die Steinkohlenproduktion seit 1913 sogar gesallen.

Auch im Erzbergbau fand in den letten Jahren eine Zusammen- und

Stillegung ber Betriebe ftatt.

Betriebe, Perfonen und durchichnittliche Betriebsgroße im deutschen Erzbergbau

			The second secon	ossenschaftlich		burchichnittlich
	Jahr	Betriebe	im ganzen	Bersonen burchschnittl. je Betrieb	Menge in Tonnen	Betrieb - Wert in 1000 Mark
			Œi	ijenerzbergbau		E-
	1913	263	24 650	94	27790	228
P	1924	247	17606	71	18045	191
	1925	231	17887	77	25641	258
	1926	182	14195	78	26337	262
2	1927	180	17770	99	36809	366
			Bleis, Gilb	er- und Binter	Bergbau	
	1913	54	13942	258	34 563	522
	1924	37	10549	285	33545	901
	1925	36	10628	295	37 939	790
	1926	40	11785	295	42 395	1039
	1927	37	12146	328	49747	1139

	1.8	Ru	pfererzbergb	au	
1913	14	13292	949	67697	2288
1924	22	13132	597	35982	804
1925	17	10385	611	47690	1347
1926	12	10382	865	77694	2047
1927	8	9504	1188	118800	2970
		Schr	pefelerzbergb	au	
1913	4	821	205	67146	543
1924	9	753	84	17736	161
1925	7	728	104	31899	347
1926	4	798	200	59468	728
1927	4	891	223	87608	1078

Sehr scharf wurde im Kupserbergbau rationalisiert. Die Zahl ber Betriebe ging von 22 im Jahre 1924 auf 8 im Jahre 1927 zurück, während die Produktion von 35 982 auf 118 800 Tonnen gestiegen ist. Aehnlich sieht es im Eisenerz- und Schweselerzbergbau aus. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Lohnanteil am Gesamkwert der Kaliproduktion von allen übrigen Bergbauarten am niedrigsten ist. Das Gesamtjahreseinkommen je angelegten Kalibergarbeiters betrug im Jahre 1927 im Oberbergamtsbezirk Clauskhal nur 1951 Mk., im Oberbergamtsbezirk Halle 1929 Mk., in Braunschweig 1748 Mk. Teilt man dieses Jahreseinkommen durch 300 Arbeitstage, so betrug das Einkommen pro Arbeitstag 6,50 Mk., 6,43 Mk. und 5,82 Mk.

Auf der anderen Seite verteilen die Kalikonige sehr hohe Dividenden.

Die bentiche Raliforberung nach Corten (in 1000 Tonnen)

Jahr	Carnalitte	Sylvinite und übrige Salze	Jahr	Carnalitte	Sylvinite unb übrige Salze
1913	5486,1	6121,4	1925	2831,7	9253,7
1923	5711,6	7367,9	1926	1867,1	7548,0
1924	2847,9	5256,6	1927	1773,2	9306,8

Die beutsche Silber- und Goldproduktion ift nicht von sehr großer Bedeutung. Immerhin ift es von Wert, sie hier anzuführen:

Gold- und Gilberinhalt aller in Deutschland geforberten Erze

Jahr 1913	Goldinhalt (kg) 162.9	Silberinhalt (t)	3a t 1926	Goldinhalt (kg) 162.2	Silberinhalt (t)
1924	226,1	138,3	1927	180,3	164,6
1925	181,6	148,7			43 9 W 3 1 W 1 0 5 P

Das goldhaltige Arsenerz wird nur noch im schlesischen Gebirge gewonnen. Der Goldinhalt aller in Deutschland geförderten Erze ist gestiegen,

ber Silberinhalt bagegen gurudgegangen.

Insgesamt gesehen, betrug der Lohnanteil am Wert der geförderten und weiterverarbeiteten Naturschäße weit unter 50 vH. Im Ruhrrevier, wo die Löhne der Bergarbeiter im Berhältnis zu anderen Bergbaurevieren am höchsten stehen, betrug der geförderte und weiterverarbeitete Wert im Jahre 1927 insgesamt 2001 979 000 Wk. Die Gesamtlohnsumme der Bergarbeiter einschließlich Entschädigung für Urlaub und Wirtschaftsbeihilsen im Jahre 1927 betrug 935 885 164 Mk. = 47 vH.

Die Bergwerksunternehmer stimmen stets Klagelieder an, als wenn sie noch Geld hinzugeben müßten. Daß die Bergwerksunternehmer flunkern, beweist die obige Uebersicht. Kürzlich kaufte die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft die Beteiligungsquote der Abler-Bergbau AG. und zahlte hierfür 8 Millionen Mark.

Benn die Bergwerksbesitzer selbst nicht wüßten, welch hohen Gewinn ber Bergbau ihnen abwirft, würden sie die teure Quote gar nicht kaufen.

Der beutsche Bergbau hat im Jahre 1927 3½ Milliarden Werte herausgebracht. Diese Werte sind zum größten Teil den Privatkapitalisten verblieben. Das darf für die Zutunft nicht so bleiben. Die Naturschäße gehören der Nation und daher ist die Enteignung und Sozialisierung des gesamten Bergbaues eine unbedingte Notwendigkeit.

1:::

Erhöhte Rentabilität der deutschen Aftien= gesellschaften

::::

Frit König (Stuttgart)

Die Unternehmer halten es jur Zeit wieber einmal für opportun, for altbekanntes Lied von der angeblichen Wirtschaftsnot in alle Welt hinauszuposaunen. Jede Gelegenheit wird benütt, um über den bevorftebenden Zusammenbruch der bentschen Wirtschaft zu faseln; im Reichstag, auf Industrie- und Handelstagungen, in der Presse usw. wird ausgiebig "in Not gemacht". Run foll nicht geleugnet werben, daß es zur Zeit in gewiffen Branchen ber beutschen Wirtschaft recht schlimm aussieht, es fei nur an die Lage in der Automobilindustrie erinnert. Die Schuld liegt aber jum größten Teil bei ben Unternehmern felbst. Durch ihre Bielreberei werden die herren offenbar daran gehindert, zur wirtschaftlichen Tat zu ichreiten ober fich wenigstens einmal barüber Gebanten zu machen, wie es möglich sein könnte, der ausländischen Konkurrenz zu begegnen und die Birtichaftlichkeit der eigenen Betriebe zu fteigern - ohne die Arbeiterschaft und die Berbraucher und bamit wieder fich felbst wirtschaftlich zu schädigen. Aber die Wirtschaftslage ift ja gar nicht so schlecht, wie sie von den Unternehmern bargestellt wird. Durch die Statistit ift ichon längst die These von ber fintenden Rentabilität widerlegt und es ift an ber Zeit, daß endlich bie Deffentlichfeit mit aller Entschiedenheit Front macht gegen die allzu burchfichtige Methobe ber Unternehmer, die barin besteht, gemiffe Ginzelfälle zu verallgemeinern. Die Berrichaften follten fich übrigens barüber Har fein, daß fie fich damit felbst am wenigsten nüben.

In Anbetracht der ew gen Lamentationen des Unternehmertums scheint es notwendig, die angebliche Unrentabilität der deutschen Industrieunternehmungen ins rechte Licht zu rücken. Zwar ist aus den amtlichen und privaten Statistisen über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aftiengesellschaften dei genauer Durchsicht und entsprechender Vergleichung unschwer zu erkennen, daß sich heute die Rentabilität des in industriellen Unternehmungen kwestierten Kapitals den Vorkriegsverhältnissen durchweg genähert hat, aber leider werden diese Statistisen in der Deffentlichkeit zu wenig beachtet oder ihr Wert als Erfolgsnachweis nicht anerkannt.

Die Betriebsräte-Zeitschrift brachte bereits in Nr. 9 und 10 b. J. instruttive und übersichtliche Darstellungen der Geschäftsergebnisse in der Metallindustrie für das Jahr 1927. Wir setzen hier zunächst die Veröffentlichungen über Dividendenausschüttungen wichtiger Unternehmungen der Eisen- und Metallindustrie sort. Nachstehende Aufstellung gibt über die Stabisität der Dividendensätze und über Dividendensteigerungen Ausschluß.

	1927	1926	1927	1926
Gifen- und Metallinduftrie	us	DS	b\$	DS
Rawad & Grünfelb	20	18	Demag 5	ő
Bereinigte Muminiumwerfe .	9	8	Lindftröm 15	10
Mannesmann-Röhrenwerte .	8	4*	Bolyphon 14	9
Tellus	8	6	Elettrotednifche Induftrie	
Concordia-Bergbau	6	0	Affumulatoren 8	8
Ilfeber Butte	61/2	61/2		
Buberus		0	Julius Pintich 8	
Dürener Metallwerke	10	0	Dtich. TelWerke u. Kabelind. 7	6
Baer & Stein		10	Felten & Builleaume 6	
Ravené Stahl		6	Telefon Berliner 5	0
Jacob Ravens Cohne		12	Arafterzeugung und -verforgung	
Bürttembergische Metallwar.		5	Allg. Lotalbahn u. Praftwert. 12	12
Berthold Meffinglinienfabrit .		7	Mart. Elettrigitatewert 10	10
			MG. für Gas u. Elettrizität . 6	6
Majdinen- und Apparateban			Kraftübertragungsw. Reinf 10	10
Lindes Eismaschinen		10	RheinBeftf. EleftrBerf . 9	8
Majch.=Fabrit Budau=R. Wolf		10	Rhein. Eleftr. AG., Mannh 9	9
Bremer Bulkan		8	Redarwerte Eglingen 9	9
Drenftein & Roppel		7	Cleftr. AG. vorm. Schudert . 8	7
Schieß-Defries	7	0	Rörting Elettrizitätswerte 8	8
* für 6 Monate.			Bestf. BerbClettrBerte . 7	6

Daß sich die Dividendensätze seit dem Jahre 1924 in aufsteigender Linie bewegen, zeigt mit aller Deutlichkeit eine in der "Wirtschafts-Revue" burchgesührte Untersuchung über die Kentabilität der deutschen Aktiengesellschaften, die ich auf 85 Unternehmungen der wichtigsten Banken, Bersicherungsgese lich ten und Industrieunternehmungen erstreckt. Setzt man die im Jahre 1927 ausgeschütteten Dividenden gleich 100, so sind die entsprechenden Zif ern für 1924 gleich 48, für 1925 geich 61 und für 1926 gleich 76, das heißt, es ergibt sich gegenüber 1924 mehr als die Verdoppelung der Dividenden, gegenüber 1926 eine Steigerung um mehr als 30 vH. In dem Umfang aber, in dem die Dividenden stiegen, stieg auch der Anteil der nicht vertei ten und nicht ausgewiesenen Gewinne, das heißt sowohl der offenen wie der stillen Keserven.

Einen vorzüglichen Ueberblid über die Dividendenbewegung und ihr Berhältnis zu den wichtigsten Bilanzposten der Un ernehmungen bietet eine vom Statistischen Reichsamt aufgestellte und in der Zeitschrift "Wirtsichaft und Statistis" (Nr. 15, 1928) veröffentlichte Statistis. Es sind in ihr

1518 Abschlüsse beutscher Attiengesellschaften, beren Geschäftsjahr zwischen bem 1. Oktober und 31. Dezember 1927 abgeschlossen hat, erfaß worden. Diese Gesellschaften verfügen über ein Nominalkapital von 10984 Millionen Mark, das sind gleich 86 vh des Kapitals und 51 vh des gesamten Nominalkapitals der deutschen Attiengesellschaften. Es ist also ein durchaus typisches Bild der Gesam entwicklung.

Gewerbegruppe	Zahl der Geselle schaften	Rominal tapital in Willionen	Abļájrei- bungen in Millionen	rein-	rein- verluft	rein- gewinn in vs			in vo bel bivib berecht.
		C4 - C4	- 20 81	the soci	Honen	eigeni	apitais		Rapital
Ind. d. Grundstoffe.	186	2112,7	162,0	161,8	3,0	7,01	0,13	139,9	6,90
Berarbeit, Industrie	690	4021,6	273,0	347,4	10,9	8,25	0,26	283,2	7,86
Baffer-, Gas- und					Qui.				Y I
ElettrGewinng	76	1177,3	72,4	79,0	-	6,83	-	73,1	6,81
Sanbel	88	222,0	6,5	16,6	0,5	7,10	0,21	12,2	5,74
Banten u. fonstiger									2.40
Gelbhandel	162	1445,2	4,3	164,8	-	8,82	-	126,1	9,16
Beteiligungs-Bef	20	206,7	4,7	15,7	4,4	7,23	2,02	13,8	7,06
Berficherungswefen	123	426,8		30,8	0,6	13,12	0,26	18,9	11,23
Bertehrsweien	123	1239,1	115,1	72,4	1,8	5,60	0,14	68,0	5,86
Sonft. Gewerbegr	50	133,0	8,8	10,1	0,5	6,89	0,34	8,1	6,23
Zusammen	1518	10984,4	649,6	898,6	21,7	7,70	0,19	743,3	7,47

Die Durchschnittsrente dieser Gesellschaften stellt sich auf annähernd 7,5 vh. Das ist bei einem Reichsbankdiskontsat von 7 vh ein durchaus ansehnlicher Sah, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß die entsprechende Bergleichsziffer des vorangegangenen Jahres nur 6,19 vh war, so daß also eine wesenkliche Besserung zu verzeichnen ist. Aber auch die übrigen Positionen dieser Tabelle sind außerordentlich interessant. Neben der ausgeschütteten Dividendensumme von annähernd 750 Millionen sind sast 900 Millionen zu Abschreibungen verwandt worden, also mehr, als die Attionäre bekamen, blied offiziell bei den Gesellschaften, nicht gerechnet die stillen Reserven und Investitionen, die während des Geschäftssiahres aus den laufenden Einnahmen vorgenommen worden sind.

In der folgenden Tabelle werden die Dividendenergebnisse der Jahre 1926 und 1927 aufgeführt. Die erste Spalte zeigt das Berhältnis der dividendenlosen Abschlässe in Hundertsätzen der Anzahl der Gesellschaften und der Nominalaktienkapitalien. Die nächsten drei Spalten zeigen das Berhältnis der verschiedenen Dividendenhöhen in Hundertsätzen.

Aus der Tabelle erkennt man deutlich die austrebende Entwicklung der Rente in den letzten beiden Jahren. Nur noch 27 vh aller Aktiengesellschaften haben für 1927 überhaupt keine Dividende verteilt, während es 1926 noch über 35 vh waren. Die dividendenlos gebliebenen Gesellschaften verfügten überdies nur noch über 14,25 vh des gesamten Aktienkapitals gegenüber 23,14 vh im vorangegangenen Jahre. Aber nicht nur die Bahl der Dividenden zahlenden Gesellschaften ist erheblich größer geworden,

sondern auch die Höhe der tatsächlich gezahlten Dividenden ist start gestiegen. Am erheblichsten ist interessanterweise die Steigerung in der Kategorie der Gesellschaften, die über 10 vH Dividende gezahlt haben. Während 1926 nur 11,40 vH aller Attiengesellschaften über 10 vH Dividende gezahlt haben, waren es 1927 bereits 15,81 vH. Dabei muß man berücksichtigen, daß in dieser Zeit die beliebte Wethode der sogenannten "Selbstsinanzierung" durch Abschreibungen und Kückstellungen in Schwung kam — oft sehr zum Rachteil der Attionäre.

Gewerbegrup	ne				Ein 5 vh d der	von 5-		über	10 v H H ber
		Anzahl Aftien-		OYELLAN		Anzahl Aftien-			
Industrie ber Grund-	1926	32,98	27,78	11,70	18,99	41,49	39,92	13,83	13,31
stoffe	1927	24,19	17,41	9,14	12,87	47,85	52,78	18,62	16,94
Berarbeitende Indu-	1926	45,06	31,72	13,70	11,29	31,50	49,09	9,74	7,90
ftrie	1927	31,74	18,06	12,46	8,35	40,58	37,91	15,22	35,68
Baffer-, Gas- u. Elek-	1926	12,99	5,58	20,78	25,19	61,04	65,62	5,19	3,61
trigitätegefellichaften	1927	10,53	3,26	17,10	26,32	68,42	69,63	3,95	0,79
handel	1926	49,44	39,80	12,36	12,19	30,34	37,51	7,86	10,50
	1927	43,18	36,47	10,23	8,35	35,23	43,04	11,36	12,14
Banken u. Gelbhandel	1926	13,33	6,29	7,27	2,61	72,73	79,07	6,67	12,03
	1927	9,87	4,19	8,64	5,00	74,09	78,34	7,42	12,47
Beteiligungs-	1926	55,00	34,65	5,00	9,43	30,00	43,37	10,00	12,55
gesellichaften	1927	45,00	28,73	5,00	2,67	35,00	42,18	15,00	25,42
Berficherungswesen .	1926	10,85	8,35	6,20	6,05	41,86	50,75	41,09	34,85
	1927	8,94	6,11	6,50	6,36	30,89	25,18	53,67	62,35
Berfehrswesen	1926	28,46	15,87	30,08	30,49	39,02	51,78	2,44	1,86
	1927	23,58	12,60	29,27	28,99	43,90	56,71	3,25	1,70
Conftige Gruppen .	1926	56,61	43,45	11,32	7,50	28,30	29,02	3,77	20,03
	1927	42,00	25,83	16,00	12,92	38,00	52,05	4,00	9,20
Busammen	1926	35,25	23,14	13,53	15,18	39,82	52,35	11,40	9,33
	1927	26,09	14,25	12,65	13,04	45,45	52,38	15,81	20,33

Für das Geschäftsjahr 1927/28 liegen nur wenige Ergebnisse vor und es werden noch Monate vergehen, bevor statistische Erhebungen und Untersuchungen zusammensassener Art möglich sind. Indessen lassen die vorsiegenden Abschlüsse erkennen, daß gegenüber den ununtervrochenen Alagen, speziell der Eisenindustrie, wie sie besonders im Zusammenhang mit der Aussperrung laut geworden sind, eine berechtigte Stepsis am Plaze ist. Bon den großen Eisenwerken, die nicht mit dem Kalendersahr abschließen, stehen die Abschlüsse von Krupp, Hoesch und Köln (Neuessen) noch aus. Hingegen liegen die Geschäftsergebnisse von Klöckner, Gutebossfnungshütte, Gessenkirchen, Mitteldeutsche Stahlwerke, Rheinstahl und Phönix vor.

Rachstehende Aufstellung ermöglicht einen Neberblick über die zur Zeit bekannten Dividendenergebnisse von größeren Unternehmern ver-

schiedener Branchenzweige der Metallindustrie.

1	927/28	1926/27	1927/2	8 1926/27
Montan- u. Sutteninduftrie	vH	pH	Majdinen-, Apparate- und "5	v.S
Magimilianhütte	10	10	Fahrzeuginduftrie	
Annener Gufftahlwerte .	10	8	Unterwerte Bielefelb 12	10
Gifenwert Bülfel	10	10	DresdLpg. Schnellpreffen 10	10
Sochofenwert Lübed	10	10	Minimag 10	10
Gelsenkirchn. Bergw. AG.	8	41	Wag.= u. MajdBau Görl. 10	. 8
Mittelbeutsche Stahliv	7	7	Waggonfabr. Ratgeber 7	0
Gutehoffnungshütte	7	6	Rheinmetall 6	0
Alödner	6	7	Majch.fabr. Augsb.=Rürnb. 6	0
Phöniz	61/2	32	Fries & Höpflinger 6	0
Rheinstahl	6	6	Elektroindustrie	
Metallinduftrie		-	Rabelwerfe Rhendt 12	12
Emaillierwerfe Sprottau	8	5	Rraftwert Thüringen 10	
Lübenscheiber Metallw	6	- 5	Lahmeyer 10	
Denabruder Rupferwerte	6	6	Bant elettr. Werte (AEG) 10	10
Section Built Visit Section		li salar	Bad. LandElektBerforg. 9	9

Soweit eine Dividende überhaupt als Maßstab für die tatsächliche Rentabilität angesprochen werden kann, läßt die vorstehende Uebersicht auf durchaus günstige Geschäftsergebnisse schließen. Es muß dabei aber immer wieder betont werden, daß auch im Falle einer Dividendenlosigkeit durchaus kein Beweis für eine absolute Unrentadi ität gegeben ist. Die Unternehmer haben es schon immer fertiggebracht, troß nachweisbar guter Geschäftslage durch Abschreibungen zum Zweck der "Selbstfinanzierung" Berlustabschlüsse

zu konstruieren.

Bon den Abschlüssen der großen Montangesellschaften hat das Geschäftsergebnis der Gutehoffnungshütte (Saniel-Ronzern) in der Deffentlichkeit besonderes Aufsehen erregt, und man fann sich denken, daß die Bublikation bes außerordentlich gunstigen Geschäftsabschlusses den Vertretern der "Zusammenbruchstheorie" außerst ungelegen tommt. Die Gutehoffnungshutte fonnte gegenüber dem Borjahr ihren Umfat um etwa 10 vo und den Rohaewinn um etwa 25 vo erhöhen. Auf diese Weise war es möglich. troß annähernd verdreifachter Abschreibungen eine Steigerung der Divibende von 6 auf 7 vh vorzunehmen. Wenn hingegen Klöckner eine Divibendenreduktion von 7 auf 6 vh vornimmt, so kann daraus gewiß nicht auf eine Berminderung ber Rentabilität diefes Unternehmens geschloffen werden, zumal die erhöhte Produktion und die innere und äußere Expansion bes Rlödner-Ronzerns offentundig ift. Es ift übrigens trop ber Unterschiede im Aufbau der Montankonzerne anzunehmen, daß für das Geschäftsjahr 1927/28 keine wesentlich verschiedenen Geschäftsergebnisse in Betracht tommen. Die "Frankfurter Zeitung" erinnert baran, bag bas Urteil über die Borjahrsabschlusse allgemein dahin gelautet habe, die Zuruchaltung in bezug auf die Dividendenhöhe fei durch das in Birtlichteit gute Ergebnis nicht gerechtfertigt, daß aber noch Rationalisierungs- und Expansionsbedarf fowie die fozialen Auseinandersetzungen von hemmendem Ginfluß auf die

¹ für 6 Monate. 2 für 9 Monate.

höhe der Ausschüttungen waren. Bezüglich der Ergebnisse für das Geschäftsjahr 1927/28 kommt das Blatt zu folgender Feststellung:

"Im Beitabschnitt 1927/28 haben Gisengewinnung und Umsat eine weitere Steigerung ersahren; auch die Erlöse sind nicht schlecht gewesen. Im übrigen ist nicht ohne Bebeutung, daß die Zeit der Abschlüßberatung zusammenfällt mit rückgängiger Konjunktur im Inlande, auch für die Gisenindustrie, daß sie ferner wiederum zusammenfällt mit sozialen Auseinandersehungen, die die Höhe der Ausschlücktungen mitzubestimmen pflegen."

In der Tat haben es die Unternehmer stets verstanden, ihre Bilanzpolitik den jeweiligen Berhältnissen anzupassen und durch Dividendenkosigkeit den Anschein der Armut zu erwecken, um auf diese Art zu versuchen,
die Arbeiterschaft um ihren gerechten Anteil am Arbeitsertrag zu prellen.
Aber die Zurückhaltung in der Dividendenpolitik kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kentabilität der Unternehmungen gestiegen ist und
weiter steigt, während die Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, auch nur ihre
elementarsten Bedürfnisse befriedigen zu können.

8 113 916 3 2 iffer 4 had Golokad liber 91 rhoitelalonnariicharung

§ 113 Abs. 3 Jiffer 4 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung

Im § 113 Absah 3 Ziffer 4 bes genannten Gesehes heißt es: "Ersah für besondere Leistungen und Auswendungen gilt als Absindung oder Entschädigung im Sinne dieser Borschrift, desgleichen Entschädigungen aus § 87 Absah 2 des Betriebsrätegesehes und § 74 Absah 2 des Handelsgesehbuches."

Für unsere Betrachtung soll ber Halbsatz: "besgleichen Entschäbigungen auß § 87 Absatz 2 bes Betriebsrätegesetse" dienen. Der Sinn dieses Halbsatz ift also der, daß ein Arbeiter, der entlassen ist und Einspruch einlegen kann bei seiner Betriebsvertretung, anstelle der Weiterbeschäftigung eine Entschäbigung erhalten kann, die dann nicht auf die Arbeitslosen-

unterstützung angerechnet werden barf.

Es ist nun verständlich, daß diese Fassung die verschiedenartigste Auslegung bei den Arbeitsgerichten und auch bei den Arbeitsämtern gesunden hat. Wir hatten von vornherein die Ansicht vertreten, daß wenn ein Entlassungsstreit nach § 84 Absat 4 und Berhandlung nach § 87 des Vetriederätegesets vor dem Arbeitsgericht auch im Güteversahren durch Vergleich beendet und ein Teil der Entschädigung der im § 87 Absat 1 des Vetriedertategesetses sestiegeseten Zwölftel gewährt wurde, in die Vergleichsniederschrift der Sat mit aufgenommen werden konnte: "Die Entschädigung ist eine nach § 87 Absat 1 des Vetriederätegesets." Dadurch sollte erreicht werden, daß diese Entschädigung, weil sie dem Sinne des § 113 Absat 3 Zisser 4 des Arbeitslosenversicherungsgesets entsprach, nicht auf die Arbeitslosenverschung Arbeitsänder verstend das kechtsgültigseit dieses Verschrens. Es traten deshalb solgende Rechts- und Zweiselsfragen auf:

 Bar es möglich, eine Entschäbigungssumme im Bege bes Bergleiches vor bem Arbeitsgericht festzulegen — ober: mußte die Entschäbigungssumme burch Urteil bes Arbeits-

gerichts festgesett werben.

 Mußte überhaupt Klage beim Arbeitsgericht erhoben werben — ober: konnte nach Berhandlung im Betriebe, wenn der Arbeiterrat oder Angestelltenrat verhandelt hatte,

eine Entichädigungssumme festgesett werden.

Diese Streitsragen hat jest ber Spruchsenat für Arbeitssosenversicherung in seiner Entscheidung vom 25. Juli 1928 IIa Ar. 175/28 entschieden. Das Kernstück dieser Entscheidung ist solgendes: "Die Entschädigung aus § 87 Absah 1 des Betriebsrätegesehes in Verbindung mit § 113 Absah 4 des Gesehes für Arbeitssosenversicherung braucht nicht unter allen Umständen durch Urteil des Arbeitsgerichtes sessen jestgeseht zu seine Verlieben ist jedensalls auch eine

nach der Kündigung des Arbeitgebers zwischen diesem und dem Arbeitnehmer im Hindlic auf § 84 des Betriebsrätegesehes vereindarte Entschädigung auf die Arbeitslosenunterstühung nicht anzurechnen, soweit sie die Höchstgrenze des § 87 des Betriebsrätegesehes nicht übersteigt." Demnach ist also sestgestellt: 1. Die Festsehung der Entschädigung braucht nicht durch Urteil zu erfolgen. 2. Die Entschädigung kann auch durch Vereindarung erfolgt sein.

Der Senat stütt sich bei seiner Entscheibung auf die Erklärung eines Regierungsvertreters bei der Begründung der Gesetssorlage über das Arbeitslosenversicherungszest und kommt zum Entschluß: "daß es jedenfalls nicht ersorderlich sei, daß eine Entschädigung aus § 87 Absat 1 des Betriedsrätegesetzes durch Urteil des Arbeitsgerichtes sestgelegt sein muß." Der Senat stellt bei seiner Untersuchung der Rechtslage die Frage, welchen inneren Zwed der § 113 Absat 3 Zisser 4 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes versolgt und welchen Zweden die Entschädigung dienen soll. Nach § 113 Absat 1 Nr. 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist jede Absindung oder Entschädigung auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Sine Ausnahme: "Eine solche Anrechnung hat aber bei der Entschädigung aus § 87 Absat 1 des Betriebsrätegesetzes zu unterbleiben. Diese Ausnahme hat ihren Grund in der besonderen Bebeutung, die der Entschädigung aus § 87 Absat 1 des Betriebsrätegesetzs zusommt."

Der Senat beschäftigt sich auch bei seiner Untersuchung bamit, welchen Charakter die Entschäbigung nach § 87 Absah 1 bes Betriebsrätegesches hat. Er zergliedert auch die Gedankengänge des Reichsgerichtsurteils vom 24. Juni 1922 zu dieser Frage, er rückt aber von diesem Urteil ab und kommt zu einem anderen, selbständigen Urteil: "Man kann danach als herrschende Meinung ansehen, daß die Abgangsentschäbigung nach § 87 Absah 1 des Betriebstätegesches nicht als Arbeitsentgelt im engeren Sinne, sondern als ein Ausgleich für Bermögens- und Nichtvermögensschäden anzusehen ist, da schon aus der Tatsache des Stellenwechsels vom Geseh an den Fall gedacht ist, daß der Entlassungsgrund des Betriebsrätegesches als gerechtsertigt befunden wird. Entschädigungen, die aus einem anderen Trunde und zu anderen Zweden auf dem Wege der Bereinbarung unter Berusung auf den § 87 Absah 1 des Betriebsrätegesches sessentung und dem meren Wesen der Bedeutung und den 387 Absah 1 des Betriebsrätegesches seinen der Entschädigung nach § 87 Absah 1 des Betriebsrätegesches nicht gerecht werden."

Allerbings wird auch hier in diesem grundsählichen Entsche eine Entrechtung fortgesetht, wenigstens soweit es sich um Betriebe handelt, für die nur ein Betriebsobmann und
kein Betriebsrat gewählt werden kann. Diesem Betriebsobmann ist ja das Recht genommen,
den Sinspruch eines Gekündigten entgegenzunehmen und weiter zu versolgen. Es kann
alsdann hier in diesen Fällen weder durch Urteil des Arbeitsgerichts noch auf dem Bege der
freien Bereindarung eine Entschädigung im Sinne des § 87 Absah 1 bes Betriebsrätegesets
vereinbart werden, die anrechnungsfrei wäre beim Bezug von Arbeitslosenunterstützung.

Wird fie vereinbart, fo ift fie nichtig.

Wird von einer Betriedsvertretung eine Entschäbigung vereindart in einer Streitsache, bei welcher die Einspruchsmöglichkeit des Gekündigten gar nicht möglich war, so ist dies auch nichtig. Sie ist nichtig in den Fällen, wo nach § 85 des Betriedsrätegesehs der Einspruch nicht gegeben ist. Nach § 85 des Betriedsrätegesehse entfällt das Necht des Einspruches einmal, wenn es sich um Betriede handelt, die unter § 67 des Betriedsrätegesehs sallen. Im Streitfalle ist aber auch hier von der Betriedsvertretung genau zu prüfen, od die Boraussehungen zum Einspruch oder zum Ausschluß der Einspruchsgründe vorliegen. Das andere Mal nach § 85 Absat 2 Zisser 1 und 2, wo es sich also handelt um Entlassungen, die auf einer gesehlichen oder tarisvertraglichen Verpflichtung beruhen, oder bei Entlassungen, die durch die gänzliche oder teilweise Stillegung des Betriedes als notwendig erschien. Nit dieser letzteren Bestimmung ist nicht die Verpflichtung des Arbeitgebers ausgehoben, sich nach § 74 des Betriedsrätegesehs, um Härten zu vermeiden, mit der Vetriedsvertretung zu verständigen.

Der Senat hat die Frage nicht entschieden, welcher Rechtszustand dann eintritt, wenn eine Entschädigung vereinbart wird, und zwar nach Ablauf der Einspruchsfrist von fünf Tagen durch den Gekündigten oder wenn der Gekündigte überhaupt leinen Einspruch einlegt.

Prud: Berlagsgefellichaft des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes, Stuttgart, Röteftr. 16